

26.04.2023



LaG-Magazin

Lernen aus der Geschichte

**DER 17. JUNI 1953 –
HISTORISCHE UND
AKTUELLE NARRATIVE**



Männer werfen mit Steinen nach Panzern.
© Foto: 70 Jahre DDR-Volksaufstand/Bundesstiftung
Aufarbeitung, Eastblockworld, Bild Nr. 1212156

ZUR DISKUSSION

Vom Lohnprotest zum Massenaufstand. Ablauf, Hintergründe und Lehren des 17. Juni 1953 in der DDR	<u>08</u>
Der 17. Juni 1953 im Kontext osteuropäischer Freiheitsbestrebungen	<u>16</u>
Hallesche Legenden. Die Konstruktion des „Tag X“ in Halle (Saale)	<u>21</u>
Als der Herbst begann... Über zwei politische Häftlinge in der Erfurter Andreasstraße 1953/54	<u>27</u>
Im Gespräch: Zeitzeugen berichten über den 17. Juni und dessen Folgen	<u>33</u>
„Neuer Kurs“ ins alte System. Die DDR nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953	<u>41</u>
Der Aufstand vom 17. Juni 1953 – Phasen der Erinnerung	<u>48</u>
„Narrative sind immer multiperspektivisch zu betrachten“: Im Gespräch mit Ilko-Sascha Kowalczuk	<u>56</u>

INHALT

EMPFEHLUNG FACHDIDAKTIK

„17. Juni kompakt“. Eine Ausstellung
der Bundesstiftung zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur

67

EMPFEHLUNG WEB

Wo finde ich was?
Wegweiser durch ausgewählte
Web-Angebote zum 17. Juni 1953

72

Liebe Leser*innen,

wird anlässlich runder Jubiläen an den 17. Juni 1953 erinnert, wird er in schöner Regelmäßigkeit als „Aufstand für demokratische Werte“ gezeichnet, vorgetragen als beharrliche Mahnung, dass Freiheit stets erkämpft werden müsse, und mit der Aufforderung versehen, kritische Korrekture gegen Geschichtsklitterung zu setzen.

„Über nur wenige Tage der deutschen Geschichte wurde so viel geredet, wie über den 17. Juni 1953, und über kaum einen anderen Tag wurde mehr geschwiegen und gelogen.“ Mit diesen Worten beginnt Stefan Wolle seinen Text im vorliegenden LaG-Magazin *Der 17. Juni 1953 – historische und aktuelle Narrative*. Und wer das Datum und dessen geschichtspolitisch motivierte Deutungen in der Gesamtschau betrachtet, ist geneigt, seiner Aussage beizupflichten. Denn die Perspektiven auf den 17. Juni sind, je nachdem, welche Akteur*innen sie zu welchem Zeitpunkt einnehmen, sehr unterschiedlich; und sie sind es auch in diesem Heft.

Zur Einführung erläutert Michael Gehler überblicksartig die Ereignisse rund um den 17. Juni. Dieser Text legt die Grundlage für die weiteren Beiträge und sei allen ans Herz gelegt, die noch einmal die Ereignisse nachlesen und sich darüber hinaus mit deren Einordnung in die Dynamik des Kalten Krieges befassen möchten. Thomas Flemming spannt im Anschluss einen größeren Rahmen auf, indem er den Aufstand in der DDR in seinen (ost)europäischen Kontext einbettet.

Niklas Poppe für Halle und Jochen Voit zusammen mit Enno Holloch für Erfurt gewähren Einblicke in die lokale Perspektive und rücken Protagonist*innen der Proteste vor Ort in den Fokus. Eine besondere Freude ist es für uns, dass uns Wolfgang Jähnichen und Lutz Rackow als Zeitzeugen an ihren persönlichen Erlebnissen rund um den 17. Juni in Dresden und Berlin teilhaben lassen.

Stefan Wolle beleuchtet den Alltag des Jahres 1953 – und zwar *nach* den Aufständen. Erfahrbar wird, wie das Leben weiterging und wie die staatlichen Reaktionen jenseits von Verhaftungen und Sanktionen aussahen.

Christoph Kleßmann diskutiert gebündelt die unterschiedlichen Narrative und geschichtspolitischen Kampflinien, die bis heute mit dem 17. Juni verknüpft sind. Gerade im Jubiläumsjahr 2023 ist die politische Rahmung des Jahrestages eine besondere. Im Gespräch mit Ilko-Sascha Kowalczuk haben wir diskutiert, welche aktuellen Bezüge das diesjährige Jubiläum bietet und welche Fragen es aufwirft. Unterschiedliche Möglichkeiten, den 17. Juni heute als Gegenstand der historisch-politischen Bildung zu vermitteln und zu diskutieren, stellt zunächst Clara Marz mit der Ausstellung „17. Juni kompakt“ vor. Daran anschließend bietet der Wegweiser von Sabrina Pfefferle eine Orientierung über die Schwerpunkte der wichtigsten Themendossiers zum 17. Juni, die online verfügbar sind.

Alle Interessierten weisen wir zudem darauf hin, dass wir am 23. Mai 2023 in Kooperation mit dem Lernort Keibelstraße ein Web-Seminar zu den Lernpotenzialen des umkämpften Gedenktages anbieten, für das wir Saskia Handro als Referentin gewinnen konnten.

Wir bedanken uns außerdem herzlich bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für die Förderung dieser Ausgabe.

Das nächste LaG-Magazin erscheint voraussichtlich am 28. Juni und widmet sich der Frage, ob sich die im Zuge der Wende erfolgten sozialen, politischen und ökonomischen Verwerfungen als Formen einer Kolonisierung (im Sinne einer westdeutschen Dominanz) verstehen lassen.

Und nun wünschen wir allen Leser*innen eine anregende und vielleicht stellenweise auch kontroverse Lektüre!

Ihre LaG-Redaktion

Der 17. Juni als Baustein einer Protestgeschichte – Ein Vorwort

**von Katharina Hochmuth, Leiterin des Arbeitsbereichs
Schulische Bildungsarbeit bei der Bundesstiftung zur
Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin.**

Das Karussell der Jahrestage dreht sich weiter und stoppt dieses Mal beim 17. Juni 1953 – 70 Jahre Volksaufstand in der DDR. Bei aller Kritik, die an den wiederkehrenden Aufmerksamkeitsspiralen geübt werden kann, bleibt die Beschäftigung mit historischen Jubiläen für die historisch-politische Bildung doch gewinnbringend: Mit zunehmendem Abstand verändern sich die Narrative über den 17. Juni ebenso wie die Fragen, die er aufwirft. Zudem liegen neue wissenschaftliche Arbeiten vor und erinnerungskulturelle Aspekte spielen eine immer stärkere Rolle.

Nur noch wenige Zeitzeugen können mit ihren Erinnerungen aus Jugend und Kindheit aus einer persönlichen Perspektive über den Verlauf des Volksaufstandes berichten. Diese Zeitzeugenschaft und Erzählungen von mutigem Protest und Zivilcourage zu sichern und die individuellen Handlungsspielräume der Akteurinnen und Akteure zu verdeutlichen, ist ein wichtiges Ziel im Jubiläumsjahr.

Aus diesem Anlass hat die Bundesstiftung Aufarbeitung einen inhaltlichen Schwerpunkt auf „Protest und Aufstände gegen autoritäre Herrschaft und Diktaturen“ gesetzt, womit eine breite Auseinandersetzung mit Aufständen in Ostmitteleuropa auch im internationalen Vergleich befördert werden soll. Die Förderlinie möchte zu einer bundesweiten Beschäftigung in gesamtdeutscher Perspektive mit dem 17. Juni sowie mit unterschiedlichen Protesten und Aufständen in (kommunistischen) Diktaturen weltweit anregen und dazu beitragen, Repressionsmechanismen aufzuzeigen.

Der Volksaufstand in der DDR mit über einer Million beteiligter Menschen kann zwar als Auftakt oder Initialzündung von Widerstand gegen das SED-Regime im Nachkriegsdeutschland gesehen werden, aber er war bei weitem nicht der einzige Aufstand gegen kommunistische Herrschaft. Deutlich wird dies, wenn wir nach Ungarn, in die Tschechoslowakei oder nach Polen schauen. Eine vergleichende Protestgeschichte, die über den nationalen Rahmen hinausreicht und gleichzeitig stark gegenwartsbezogen agiert, kann einerseits dazu beitragen, strukturelle Unterschiede und Ähnlichkeiten bei Protestzielen und -formen sowie bezüglich der politischen Voraussetzungen herauszuarbeiten und andererseits zum Verständnis heutiger Problemlagen beitragen. Zwar ergibt sich die Relevanz des historischen Gegenstandes nicht per se aus einer Verknüpfung mit Gegenwart und Zukunft; allerdings ist ein solcher Vermittlungsansatz aus geschichtsdidaktischer Perspektive mehr als sinnvoll, um gerade Jugendliche mit ihrem Erfahrungshorizont einzubinden.

In einer Zeit, die von vielen als krisenhaft und unsicher wahrgenommen wird, rückt die Verteidigung von Frieden sowie von Menschen- und Freiheitsrechten stärker in den Fokus. Teils unter Einsatz ihres Lebens protestieren vielerorts junge Menschen für die Durchsetzung oder den Erhalt dieser Freiheiten und für demokratische Grundrechte. Die Bundesstiftung Aufarbeitung möchte dazu anregen, die aktuellen Bewegungen in Bezug zu den historischen Protesten zu setzen, um so Quer- und Längsschnitte durch die Protestgeschichte zu ermöglichen.

Im Hinblick auf den 17. Juni 1953 bietet das vorliegende LaG-Magazin dafür mit vielfältigen Beiträgen hervorragende Anknüpfungspunkte sowie Anregungen für Lehrkräfte und Bildungsakteure. Das Magazin leistet somit einen Beitrag zu einer reflektierten Analyse des 17. Junis, der mit ihm verbundenen Narrative und wissenschaftlichen Erkenntnisse.

Vom Lohnprotest zum Massenaufstand. Ablauf, Hintergründe und Lehren des 17. Juni 1953 in der DDR

von Michael Gehler

Es ist ein Schlüsseldatum der deutschen und europäischen Nachkriegsgeschichte: Hunderttausende Menschen demonstrierten am 17. Juni 1953 für bessere Arbeitsbedingungen und Freiheit von der Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der Deutschen Demokratischen Republik. Wie war es dazu gekommen?

MACHTVERSCHIEBUNG IM KREML UND OSTDEUTSCHE WIRTSCHAFTSMISERE

Am 5. März 1953 starb Stalin. Der DDR-Ministerrat verordnete „Landestrauer“. An die Stelle des Diktators trat in Moskau eine Troika mit Nikita Chruschtschow, Georgij Malenkov und Lawrenti Berjia, die um die angespannte Lage in Ostdeutschland wusste: Verantwortlich für die Zunahme der Flüchtlingszahlen in den Westen war der Druck auf Bauern, Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften beizutreten, die Furcht vor Abschaffung des Privateigentums sowie die schwierige Versorgungslage. Das Zentralkomitee (ZK) der SED beschloss zudem die Erhöhung der Arbeitsnormen in den Volkseigenen Betrieben (VEB) um mindestens zehn Prozent zum 30. Juni. Und obwohl Berija eine Änderung der Politik in der DDR durch Förderung der Konsumgüterproduktion und Lockerung der Repressionspolitik empfahl, wurde am 28. Mai im SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* der Beschluss zur Erhöhung der Arbeitsnormen publiziert.

ARBEITERPROTESTE UND MASSENVERSAMMLUNGEN

Kurz darauf wurden der damalige Staatsratsvorsitzende Ulbricht und Genossen zu geheimen Konsultationen nach

Moskau bestellt. Die Delegation kehrte mit der strikten Order zurück, die 1952 von Stalin genehmigte SED-Politik des „planmäßigen Aufbaus des Sozialismus“ zurückzunehmen und einen Richtungswechsel einzuleiten, um die Krise in der DDR zu entschärfen. Und so folgte am 9. Juni 1953 eine öffentliche Selbstkritik des Politbüros. Ein „Neuer Kurs“ wurde verkündet, an der Erhöhung der Arbeitsnormen jedoch festgehalten. Die Parteibasis war angesichts dieser 180-Grad-Wende verwirrt, die Bevölkerung witterte Führungsschwäche. Auf Baustellen in Ost-Berliner Betrieben wurde gestreikt und die Rücknahme der Normenerhöhung gefordert. Am 16. Juni bezeichnete die Tageszeitung der DDR-Gewerkschaft *Tribüne* die Normenerhöhung als falsch, allerdings könne sie „nicht mehr zurückgenommen werden“, worauf sich, ausgehend von einer Baustelle auf der Stalin-Allee ein Demonstrationzug von mehreren hundert Arbeitern bildete. Am frühen Nachmittag erreichte er das Haus der Ministerien, wo sich schon über zehntausend Menschen versammelt hatten. Das Politbüro erkannte den Ernst der Lage nicht rechtzeitig. Die Stimmung war aufgeheizt und Demonstrierende forderten den Rücktritt der Regierung. Selbst die Bekanntgabe der Rücknahme der Normenerhöhung durch Industrieminister Fritz Selbmann konnte die Demonstranten nicht mehr besänftigen. Sie riefen zum Generalstreik und weiteren Protestaktionen am nächsten Tag auf. Der Radiosender RIAS im westlichen Sektor Berlins berichtete ausführlich über die Ereignisse. Der Kreml traf am Abend des 16. Juni die Entscheidung zum Eingreifen sowjetischer Truppen. Ihre in der DDR stationierten Verbände setzten sich Richtung Berlin in Marsch.

STREIKS UND VOLKSAUFSTÄNDE

Am 17. Juni ist bereits in den frühen Morgenstunden der gesamte ostdeutsche Polizei- und Sicherheitsapparat in höchster Alarmbereitschaft. Noch geht er davon aus, dass die Streiks auf Ost-Berlin beschränkt bleiben. Die dortigen Unruhen breiten sich indes rasch auf weitere Stadtbezirke aus. Fast alle Baustellen und Betriebe werden bestreikt. „Operativgruppen“ der Staatssicherheit nehmen Streikende und Demonstrierende fest, die freie Wahlen und die deutsche Einheit fordern. Auch sowjetische Militärstreifen und

»In über 700 Städten und Gemeinden wird gestreikt, landesweit entwickeln sich Aufmärsche und Unruhen.«

Polizeieinheiten verhaften Aufständische. Die SED-Spitze wird auf sowjetische Weisung nach Karlshorst, ins Hauptquartier der Sowjetischen Militäradministration, in Sicherheit gebracht. Die ersten sowjetischen Panzerverbände erreichen den Alexanderplatz und die Hauptstraßen der Innenstadt. Sie postieren sich an Knotenpunkten, öffentlichen Gebäuden und an der Sektorengrenze. Gegen 11 Uhr demonstrieren in Ost-Berlin etwa hundertfünfzigtausend Menschen. Immer wieder kommt es zu Zusammenstößen zwischen Demonstrierenden und Polizei. Der öffentliche Verkehr steht still. In über 700 Städten und Gemeinden wird gestreikt, landesweit entwickeln sich Aufmärsche und Unruhen. Die Zentren des Aufstands liegen in den südlichen Gebieten der DDR. Demonstranten stürmen Bezirksleitungen, Gewerkschaftsgebäude, Kreisdienststellen der Stasi, Rathäuser sowie Gefängnisse; angeblich werden tausendfünfhundert Häftlinge befreit.

MILITÄRINTERVENTION, REPRESSION UND IHRE OPFER

Gegen 12 Uhr räumen sowjetische Panzer in Schrittschwindigkeit Straßen und Plätze in Ost-Berlin. Erste Schüsse fallen. Um 13 Uhr verhängt die Besatzungsmacht den Ausnahmezustand über die Hauptstadt sowie in weiteren 13 Bezirks- und 51 Kreisstädten. Kriegsrecht gilt nun in 167 von insgesamt 217 Stadt- und Landkreisen. Derweil eskaliert die Lage in Berlin: Autos, Kioske und Wachhäuser werden angezündet und Ladenzeilen geplündert. Mehrmals räumen sowjetische Kampfverbände die Innenstadt. Gegen Nachmittag bröckelt und erlahmt die Protestbewegung. Um 19 Uhr fallen letzte Schüsse im Ost-Berliner Zentrum. Das SED-System schlägt erbarmungslos zurück; der Aufstand scheint gebrochen.

Bereits am 18. Juni weist der stellvertretende Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, per Blitzfernschreiben alle Diensteinheiten an, „Agitatoren“, „Drahtzieher“, „Hetzer“, „Provokateure“, „Saboteure“, „Rädelsführer und andere Elemente“ zu verhaften.

In vielen Betrieben streiken die Beschäftigten jedoch weiter. Die Kasernierte Volkspolizei geht teilweise mit Waffen gegen „Zusammenrottungen“ vor. Willy Götting, Alfred

Dartsch und Herbert Stauch sind in unterschiedlichen Städten die bekannten Personen unter jenen, die von der



Berliner bekunden in einer Demonstration ihr Vertrauen zur Regierung, 26.6.1953. © Foto: 70 Jahre DDR-Volksaufstand/Bundesarchiv Bildstelle, Heinz Junge, Bild 183-20115-0002

sowjetischen Besatzungsmacht standrechtlich erschossen wurden. Das ZK spricht von einem „von langer Hand vorbereiteten Tag X“ und einem von westlicher Seite gelenkten „faschistischen Putsch“.

In der letzten Juni-Woche heben die Sowjets den Ausnahmezustand auf. Anfang Juli 1953 setzt jedoch eine zweite Streikwelle in mehreren großen

VEB ein. In den Buna-Werken in Schkopau übersteigt die Streikbewegung sogar den 17. Juni 1953. Köpfe der SED-Herrschaft müssen rollen: Justizminister Max Fechner wird wegen „partei- und staatsfeindlichen“ Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen und verhaftet; Innenminister Wilhelm Zaisser entlassen. Rudolf Herrstadt, Chefredakteur des *Neuen Deutschland*, wird aus ZK und Politbüro ausgeschlossen.

Laut Stasi-Unterlagen-Archiv hatten zwischen 400.000 und 1,5 Millionen Menschen an den Protesten teilgenommen, je nach Sichtweise 5,2 bis 19,5 Prozent der Berufstätigen. Die Angaben zur Zahl der Toten variieren. Bekannt sind 51 getötete Demonstrierende und 3 Parteigenossen. Mindestens 20 Deutsche wurden standrechtlich hingerichtet und wegen Befehlsverweigerung offiziell 41 sowjetische Offiziere und Soldaten. 123 völlig unbeteiligte Personen kamen ebenfalls zu Tode. Rund 5.600 Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet und zweimal die Todesstrafe ausgesprochen. Über 6.000 Personen gerieten in Haft.

DER EUROPÄISCHE KONTEXT

Auch in der Tschechoslowakei kriselte die Wirtschaft. Ein in Ungarn eingeleiteter „Neuer Kurs“ und die dort verkündeten Reformen stießen daher bei Tschechen und Slowa-

ken auf Interesse. Im Zuge eines Währungsumtausches am 30. Mai 1953, der einem Entzug von privaten Altguthaben und Kontoeinlagen gleichkam, folgten am 1. Juni in größeren Städten Protestmärsche. In Pilsen besetzten Demonstrierende das Rathaus und das Stadtradio. Armeeverstärkungen, bewaffnete Grenzschutzeinheiten, Polizei und Volksmilizen aus Prag stellten am Abend wieder Ruhe und Ordnung her. Haftstrafen, Strafprozesse und Verurteilungen folgten.

Der jugoslawische Theoretiker des Kommunismus Edvard Kardelj bezeichnete den 17. Juni als „das wichtigste Ereignis“ seit dem Bruch Titos mit Stalin 1948 und kritisierte die sowjetische Intervention scharf. Auch in Polen war man durch westliche Rundfunksender über die Forderungen der Aufständischen informiert und teilte sie weitgehend. Der kommunistischen Propaganda, die von einer „Konterrevolution“ sprach, wurde kein Glauben geschenkt. Vielmehr kam es auch in Polen zu Arbeitseinstellungen und damit zu einer Senkung der Produktivität. Die Stimmung gegenüber dem eigenen kommunistischen Regime änderte sich. Im Sommer 1956 folgten Aufstände in Posen.

DER WESTEN ALS GEWINNER

Der Vorschlag des britischen Premiers Winston Churchill vom 11. Mai 1953, eine „einsame Pilgerreise“ nach Moskau zu unternehmen, um mit dem Kreml über ein neutralisiertes Gesamtdeutschland zu verhandeln, wurde mit dem 17. Juni hinfällig. In Moskau wurde Berija gestürzt, aller Ämter beraubt und am 23. Dezember hingerichtet. Die Sieger des Zweiten Weltkrieges blieben aus Prinzipientreue Verbündete, weil es um die Konsolidierung ihrer Einflussbereiche ging – sowohl in Berlin als auch in Deutschland als Ganzem. Gewinner war Bundeskanzler Konrad Adenauer. Die Niederschlagung des 17. Juni stärkte seine Position sowohl im Bündnis mit den Westmächten als auch innenpolitisch, wie sein Wahlsieg mit großem Stimmzuwachs am 6. September zeigte. Verlierer waren die Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang, die vergeblich auf die Einheit gehofft hatten. Die Tragik des 17. Juni bestand darin, dass sein Scheitern allen Gegnern eines Kompromisses

»Die Tragik des 17. Juni bestand darin, dass sein Scheitern allen Gegnern eines Kompromisses zwischen Ost und West in die Hände spielte.«

zwischen Ost und West in die Hände spielte. Psychologisch blieb der 17. Juni jedoch für die Menschen in der DDR bedeutsam. Er wurde Teil ihres privatisierten Selbstverständnisses.

KONSEQUENZEN UND LEHREN

Der 17. Juni führte zu einem Trauma der SED-Führung, der die Angst vor der eigenen Bevölkerung im Nacken saß – trotz des Mauerbaus 1961 und der Allmacht des Überwachungsstaats im Staat, der Stasi. Nach dem 9. November 1989 erscheint der 17. Juni, der auf Vorschlag des Sozialdemokraten Herbert Wehner noch im selben Jahr als „Tag der deutschen Einheit“ im Westen zum gesetzlichen Feiertag wurde, als vorrevolutionärer Aufstand. Denn im kollektiven Bewusstsein war die Erfahrung des 17. Juni so verankert, dass darin ein Schlüssel zur Beantwortung der Frage gesehen werden kann, warum der Herbst 1989 friedlich verlaufen ist – umso verwunderlicher, dass 1990 der gesetzliche Feiertag des 17. Juni abgeschafft wurde, der offenbar im Westen Deutschlands einen anderen Stellenwert besessen hatte. Es war eine der merkwürdigsten Begleiterscheinungen der deutschen Vereinigung, die mit Blick auf die wertvolle vorrevolutionäre Erfahrung umso unverständlicher ist. Einmal mehr wurde deutlich, wie schwer sich Deutschland mit seiner eigenen Geschichte tut, obwohl sie doch zeigt, wie vermeintliche Niederlagen das Fundament für Fortschritt legen können.

Ferner zeigt der 17. Juni beispielhaft, dass politische Systeme bei anhaltender Mangelwirtschaft und unterlassenen Maßnahmen existenzielle Legitimationsprobleme bekommen. Zu spät eingeleitete Reformen, von denen die Arbeiter*innen ausgenommen waren, führten zur Explosion des Unmuts. Die Bildung revolutionärer Organisationsformen von längerem Bestand war jedoch aufgrund des staatlichen Repressionsapparats mit sowjetischer Unterstützung in der DDR nicht möglich. Eine Revolution im „Ostblock“ konnte nur bei gleichzeitigen länderübergreifenden Aufständen Aussicht auf Erfolg haben, wie das Jahr 1989 zeigt. Und obwohl der 17. Juni keine zentrale Führungsfigur hervorbrachte, war er mittel- und langfristig beispielgebend, was die Aufstände in Ungarn (1956) mit Imre Nagy, die Reformen in der Tschechoslowakei (1968) mit Alexander Dubček

oder die Streiks der Gewerkschaftsbewegung Solidarność im Polen der 1980er Jahre mit Lech Wałęsa zeigten. Eine erfolgreiche Revolution konnte letztlich nur mit aktiver Unterstützung des internationalen Umfelds gelingen.

Die sowjetische Militärintervention war gleichwohl lediglich *ein* Grund für das Mislingen des 17. Juni. Er scheiterte auch, weil der Westen nicht eingreifen wollte. Das Geschehen war für Washington nicht prioritär, wurde aber instrumentalisiert, um die Westintegration der BRD abzusichern. Aus Sicht des US-amerikanischen Außenministeriums sollte der „Topf auf kleiner Flamme kochen, ohne es zum Überkochen kommen zu lassen“ (zitiert nach Gehler/Steininger 2018: 145). Die Ostdeutschen erwarteten jedoch mehr als nur eine zur Schau getragene moralische Ermunterung und propagandistische Solidarität. Entgegen ihrer Einheitsforderung trugen die Aufbegehrenden ungewollt zur Verstetigung der deutschen Teilung bei. Zuletzt lehrt der 17. Juni, dass staatlich verordnete Tabus eines Tages aufbrechen (können): Die Desinformationspolitik der SED vom „Putschversuch faschistischer Provokateure“ und von der „Konterrevolution“ war trotz staatlicher Propaganda und offizieller Geschichtsklitterung nicht glaubhaft.

LITERATUR (MIT AUSFÜHRLICHEN BIBLIOGRAFIEN ZUM THEMA)



Gehler, Michael/Steininger, Rolf: 17. Juni 1953. Der unterdrückte Volksaufstand. Seine Vor- und Nachgeschichte, Reinbek/Hamburg 2018.



Kowalczyk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953 – Geschichte eines Aufstands, München 2013.



Wolle, Stefan: Der 17. Juni 1953, Erfurt 2013.

Autor:in



Prof. Michael Gehler ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Stiftung Universität Hildesheim und an der Andr assy Universität Budapest.

Der 17. Juni 1953 im Kontext osteuropäischer Freiheitsbestrebungen

von Thomas Flemming

Die Erinnerung an den 17. Juni 1953 wies lange Zeit insofern eine Lücke auf, als es an einer angemessenen Einordnung insbesondere in die Oppositions- und Widerstandsgeschichte innerhalb des sowjetischen Herrschaftsbereichs fehlte. Denn sowenig der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 der letzte Versuch blieb, ein kommunistisches Regime abzuschütteln, – es folgten Aufstände bzw. Reformversuche 1956 in Polen und Ungarn, 1968 in der ČSSR, 1976 und 1980 in Polen – sowenig war er der erste. Auch der Zusammenhang der Ereignisse vom 17. Juni mit den politischen Machtkämpfen in Moskau und Ost-Berlin nach Stalins Tod fanden in der Forschung und der Erinnerungskultur erst vergleichsweise spät stärkere Beachtung.

PILSENER AUFSTAND, 1. JUNI 1953

Ein erster Aufstand gegen ein kommunistisches Regime ereignete sich bereits Anfang Juni 1953 in der Tschechoslowakei, zwei Wochen vor dem Volksaufstand in der DDR. Auslöser war auch hier eine staatliche Maßnahme, die eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse zur Folge hatte. Am 30. Mai 1953 verkündete die Prager Regierung völlig überraschend eine Währungsreform, durch die ein drohender Staatsbankrott abgewendet werden sollte. Für die Bevölkerung bedeutete diese Maßnahme jedoch einen gravierenden Einkommensverlust, da Löhne und Ersparnisse aufgrund ungünstiger Umtauschkurse (1:5 bzw. 1:50) dramatisch schrumpften. Am 1. Juni kam es deshalb in zahlreichen Städten zu spontanen Streiks und Demonstrationen gegen das Regime. Zentrum der Unruhen war die Industriestadt Pilsen. Dort besetzten aufgebrachte Demonstrierende das Rathaus und das Gebäude des staatlichen Rundfunks. Fahnen und Symbole der kommunistischen Herrschaft wurden heruntergerissen. Einige De-

monstranten versuchten, politische Gefangene zu befreien (vgl. Slouf 2022).

Schon bei dieser Revolte in der kommunistischen Tschechoslowakei zeigte sich das Ablaufmuster des kurz darauf ausbrechenden Volksaufstands in der DDR: Nachdem die Unruhen sich an sozialen Verschlechterungen entzündet hatten – an einer Währungsreform in der ČSSR, an erhöhten Arbeitsnormen in der DDR – erhoben die Demonstranten rasch politische Forderungen bis hin zum Sturz des Regimes und freien Wahlen. Noch am Abend des 1. Juni wurden die Unruhen in Pilsen und anderen tschechischen Städten durch massiven Polizeieinsatz niedergeschlagen. Landesweit kamen über 1.000 Demonstrierende in Haft, 650 allein in Pilsen. Mehrere Hundert Personen wurden vor Gericht gestellt, einige Dutzend als angebliche Rädelsführer zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt (vgl. Pernes 1999). Die staatlich kontrollierte Presse der ČSSR unterdrückte weitgehend die Berichterstattung über die Unruhen in Pilsen und anderswo. Es bleibt darum unklar, welche Informationen über die Arbeiterrevolte in die DDR gelangten und ob sie dort möglicherweise als eine Art Inspirationsquelle und Ansporn für die Demonstrierenden vom 17. Juni 1953 dienten.

POLITISCHE MACHTKÄMPFE

Zum besseren Verständnis des Ablaufs, der Hintergründe und der politischen Folgen des 17. Juni gilt es zudem, den Volksaufstand mit den Machtkämpfen innerhalb des „Ostblocks“ in Beziehung zu setzen, die unmittelbar nach dem Tod des sowjetischen Diktators Josef Stalin am 5. März 1953 vor allem in Moskau und Ost-Berlin ausbrachen. In der Sowjetunion hatte sich zunächst eine Führungsriege aus dem gefürchteten Innenminister Lawrentij Berija, Außenminister Wjatscheslaw Molotov und Georgij Malenkow durchgesetzt. Ihnen stand eine Gruppe um Nikita Chruschtschow und Nikolai Bulganin gegenüber. Es war ein erbitterter Kampf, in dem Chruschtschow schließlich Ende Juni 1953 die Oberhand gewann (Dieckmann 2003: 88).

In den Wochen zuvor hatten sich die neuen Machthaber in Moskau ein vergleichsweise ungeschminktes Bild von der Lage im sowjetischen Herrschaftsbereich verschafft

und dabei vor allem von den Zuständen in der DDR einen verheerenden Eindruck gewonnen. Dort hatte SED-Chef Walter Ulbricht beim „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“ offensichtlich Schiffbruch erlitten. In den Augen der Sowjetführung drohte in der DDR, direkt an der Frontlinie des Kalten Krieges zwischen Ost und West, der ökonomische und politische Zusammenbruch. Nur Ulbricht und Genossen schienen das noch nicht erkannt zu haben. Und so beorderte die Kreml-Führung die DDR-Machthaber Ulbricht und Gro- »Ausgerechnet die Arbeiter*innen also sollten vom 'Neuen Kurs' nicht profitieren.«
 tewohl Anfang Juni 1953 nach Moskau, um ihnen wegen ihrer ideologisch verbohrt Politik gehörig den Marsch zu blasen. Zurück in der DDR begann Ulbricht umgehend mit der Umsetzung des von Moskau verordneten „Neuen Kurses“. Am 11. Juni gab die SED-Parteizeitung *Neues Deutschland* die 180-Grad-Wendung bekannt. Eile war geboten, ansonsten – so die unmissverständliche Warnung des sowjetischen Statthalters in der DDR an die Adresse Ulbrichts – „werden Sie in 14 Tagen vielleicht schon keinen Staat mehr haben“.

Für große Teile der DDR-Bevölkerung brachte der „Neue Kurs“ spürbare Erleichterungen. Die Drangsalierung von privaten Unternehmern und Geschäftsleuten wurde eingestellt, Bauern nicht mehr zum Eintritt in eine Produktionsgenossenschaft genötigt. In der Wirtschaftspolitik sollte die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Konsumgütern Vorrang haben und nicht wie bisher der Ausbau der Schwerindustrie, der zu einer deutlichen Verschlechterung des Lebensstandards in der DDR geführt hatte. Die verschärften Normen jedoch, die die SED-Führung kurz zuvor zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität verordnet hatten, blieben bestehen. Ausgerechnet die Arbeiter*innen also sollten vom „Neuen Kurs“ nicht profitieren. Ihre Empörung wurde denn auch zum Auslöser des Aufstands vom 17. Juni (Kowalczyk 2013: 20).

ULBRICHT VOR DEM STURZ

Nicht nur in Moskau, auch in Ost-Berlin entbrannte im Frühjahr 1953 ein Kampf um die Macht, in dem die Gegner von SED-Chef Ulbricht, angeführt von Rudolf Herrnstadt und Wilhelm Zaisser, zunächst die Oberhand gewannen. Entscheidend war, dass Ulbricht die Rückendeckung aus

Moskau verloren hatte. Denn auch der Kreml hatte erkannt, dass der bisherige SED-Kurs in der DDR gescheitert war, womit auch die dogmatische und rücksichtslose Politik von Ulbricht zur Disposition stand. Politische und wirtschaftliche Reformen in der DDR schienen in greifbare Nähe zu rücken. Doch nach der Niederschlagung des Volksaufstands vom 17. Juni wollte die sowjetische Führung – gerade selbst in einen erbitterten Machtkampf verwickelt – politische Reformen in der DDR nicht mehr riskieren. Politische Stabilität um jeden Preis war wieder das oberste Gebot. Und so blieb SED-Chef Ulbricht, den Moskau vier Wochen zuvor bereits fallengelassen hatte, wegen seiner erwiesenen Fähigkeit, mit harter Hand zu regieren, auf Geheiß Moskaus doch an der Macht (Loth 2003: 46).

»Wenngleich der Aufstandsversuch keines seiner Ziele erreichte, so setzten die Demonstrierenden am 17. Juni 1953 doch ein beeindruckendes Zeichen für den Freiheitswillen der Menschen in der DDR.«

Es gehört somit zur Tragik des 17. Juni 1953, dass der niedergeschlagene Volksaufstand mit dazu beitrug, dass das Gegenteil dessen eintrat, wofür die Menschen in der DDR auf die Straße gegangen waren. Ulbricht blieb an der Macht und baute die diktatorische SED-Herrschaft weiter aus, eine Lockerung des Systems, freie Wahlen gar und die erhoffte Wiedervereinigung rückten in weite Ferne.

Wenngleich der Aufstandsversuch keines seiner Ziele erreichte, so setzten die Demonstrierenden am 17. Juni 1953 doch ein beeindruckendes Zeichen für den Freiheitswillen der Menschen in der DDR. Es konnte öffentlich jahrzehntelang nur im Westen gewürdigt werden, aber ist Teil der – nicht übermäßig ausgeprägten – Freiheitstradition der Deutschen. Damit ordnet sich der 17. Juni 1953 ein in eine europäische Revolutions- und Aufstandsgeschichte, die den Werten von Freiheit, Humanität und Menschenwürde verpflichtet ist.

LITERATUR

-  Slouf, Jakob: The Pilsen Revolt of 1953, Lanham 2022.
-  Pernes, Jiri: Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei 1953 und Versuche ihrer Überwindung, in: Kleßmann, Christoph/Stöver, Bernd (Hrsg.): 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln 1999, S. 98–103.
-  Dieckmann, Friedrich: Olymp im Nebel. Die Verschwörung gegen Berija und der 17. Juni 1953, in: Lettre International, Herbst 2003, S. 86–93.
-  Kowalczyk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953. Geschichte eines Aufstands, München 2013.
-  Loth, Wilfried: Der 17. Juni 1953 im internationalen Kontext, in: Greschat, Martin/Kaiser, Jochen-Christoph (Hrsg.): Die Kirchen im Umfeld des 17. Juni 1953, Stuttgart 2003, S. 15–48.

Autor:in



Thomas Flemming, Dr. phil., ist Historiker und Publizist. Von ihm erschienen zahlreiche Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte, insbesondere zum Kalten Krieg und der Geschichte Berlins. Er hat außerdem an historischen Ausstellungen, u.a. zum Ersten Weltkrieg und zur November-Revolution 1918/19, mitgearbeitet.

Hallesche Legenden. Die Konstruktion des „Tag X“ in Halle (Saale)

Niklas Poppe

Der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953, der sich auf alle Gesellschaftsschichten der DDR ausweitete und daher richtigerweise meist als Volksaufstand beschrieben wird, stellte die SED vor ein Legitimationsproblem: Arbeiter*innen (und letztlich ein wesentlicher Teil der Bevölkerung) konnten sich unmöglich gewaltsam gegen die Regierung des Arbeiter- und Bauern-Staates wenden. Deshalb wurde



Demonstranten ziehen durch die Ludwig-Wucherer-Strasse in Halle (Saale). © Foto: 70 Jahre DDR-Volksaufstand/AdsD/FES; 6/FOTA195909

das Aufbegehren im noch jungen, stalinistisch geprägten Staat allein anhand ideologisch definierter Feindbilder interpretiert und die komplette Propaganda an ihnen ausgerichtet.

Bereits am 18. Juni, während in einigen Städten noch gestreikt und etwa für freie Wahlen und die Freilassung politischer Häftlinge protestiert wurde,

ließ die SED per Regierungserklärung die in ihren Augen einzig mögliche Deutung verbreiten: Der Aufstand sei „das Werk von Provokateuren und faschistischen Agenten ausländischer Mächte und ihrer Helfershelfer aus deutschen kapitalistischen Monopolen“ (Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, „Freiheit“, 18. Juni 1953). Der großen Legende des vom Westen gelenkten „faschistischen Putschversuchs“ folgend, erhielt das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) früh den Auftrag, entsprechende Ermittlungsergebnisse vorzuweisen. Und so wurden unisono all diejenigen zu „Faschisten“ erklärt, denen irgendeine Art der Teilnahme an Streik- oder Protesthandlungen nachgesagt werden konnte. Der Postan-

gestellte Friedrich Keferstein etwa betätigte sich laut Urteil des Bezirksgerichts Halle als „Gegner der Arbeiterklasse“ und „williges Werkzeug der imperialistischen Kriegsbrandstifter“, der „Propaganda für den Neofaschismus“ betrieben habe, nur, weil er im Rahmen des Protests die Verletzung des Postgeheimnisses durch das MfS kritisiert hatte (BStU, BV Halle, AU 14/54, Bd. 3). Keferstein war einer von 76 Angeklagten, die im Rahmen des Volksaufstands in Halle verhaftet und verurteilt wurden (vgl. Lohn 2003: 198).

Wirkmächtiger als diese ideologisch aufgeladenen Satzfragmente, die meist in exakt gleicher Formulierung in den späteren Urteilen auftauchten, waren jedoch die für die Öffentlichkeit konstruierten Geschichten, die das Bild des „faschistischen Putschversuches“ in der Bevölkerung verfestigen sollten. Mit Hilfe von „losgelassenen kriminellen Banditen und KZ-Aufseher[n]“ habe die Bundesrepublik versucht, „die DDR mit Waffengewalt zu erobern und einen Bürgerkrieg zu entfesseln, der in den dritten Weltkrieg münden sollte“ (Ausschuss für Deutsche Einheit 1954: 3f.), wie es in der Propagandaschrift des Ausschusses für Deutsche Einheit hieß. Mit welchen Umdeutungen und Konstruktionen diese bis zuletzt in den DDR-Lehrbüchern, in Literatur und Geschichtsschreibung verfangende Erzählung vom „Tag X“ implementiert worden war, lässt sich wie unter dem Brennglas in Halle an der Saale zeigen.

„FASCHISTISCHE KZ-BESTIE“ – ERNA DORN

Eine der kuriosesten Figuren des 17. Juni in Halle war eine Frau, deren Geschichte bis heute undurchsichtig geblieben ist, bei der grundlegende Informationen etwa zur Geburt, Herkunft oder auch zu ihrem Tod fragwürdig erscheinen. Ihre angebliche Vita musste jedoch im Rahmen der SED-Propaganda als Beweis für den vermeintlich faschistischen Kern des Aufstandes erhalten; die „Causa Erna Dorn“ stellt bis heute einen der bekanntesten Fälle der Stasi-Ermittlungen im Kontext des 17. Juni dar.

Erna Dorn, die 1951 als Kleinkriminelle verurteilt worden war, bezichtigte sich während ihrer Haftzeit plötzlich selbst, Gestapobeamtin und später KZ-Aufseherin in Ravensbrück gewesen zu sein. Zum Kriegsende habe sie noch in einem Außenlager des KZ Flossenbürg gearbeitet.

Trotz widersprüchlicher Angaben, einiger offensichtlicher Falschbehauptungen und der Tatsache, dass es trotz intensivster Bemühungen keine Zeugen für ihre Tätigkeit bei SS oder Gestapo gab, wurde Dorn anschließend wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Seltsamerweise und anders als zu jener Zeit üblich, gab es dazu keinerlei Berichterstattung.

Ebenjene Frau gehörte am 17. Juni zu den Häftlingen, die von Protestierenden aus der Haftanstalt in der Kleinen Steinstraße befreit wurden. Was im weiteren Verlauf des Tages geschah, ist unklar. Als Dorn kurz darauf wieder verhaftet wurde, beschuldigte das MfS sie, auf dem Hallmarkt zum Sturz der Regierung aufgerufen zu haben (vgl. Gursky 2003). Zeugen gab es dafür nicht. Doch passte die angebliche „faschistische KZ-Bestie“ (Ausschuss für Deutsche Einheit 1954: 4) perfekt ins offizielle Narrativ. Bereits fünf Tage später wurde Dorn – nach nur einem Verhör – zum Tode verurteilt. Zuvor hatte die SED-Presse über die angeblich führende Rolle Dorns während des Volksaufstands berichtet. Das *Neue Deutschland* titelte „Erna Dorn alias Gertrud Rabenstein“ und ließ ehemalige Ravensbrücker Inhaftierte zu Wort kommen, die die Brutalität der als „Rabenaß“ bekannten Aufseherin untermalten (vgl. u.a. *Neues Deutschland* vom 26.6.1953: 5). Nur: Gertrud Rabenstein, die nachweislich im KZ Ravensbrück Dienst getan hatte, war bereits 1948 als ebenjene Aufseherin „Rabenaß“ verurteilt und seitdem im Frauengefängnis Hoheneck eingesperrt.

»Die 'Causa Erna Dorn' stellt bis heute einen der bekanntesten Fälle der Stasi-Ermittlungen im Kontext des 17. Juni dar.«

Bis heute ist ungeklärt, unter welchen Voraussetzungen Erna Dorn in den Verhören durch das MfS ihre angeblichen oder tatsächlich begangenen Taten gestand. Bis auf die Ermittlungsakten der Staatssicherheit und die wenigen Justizakten gibt es (fast) keine Quellen. Gewiss ist inzwischen nur, dass eine 1913 in Königsberg geborene Erna Brüser – einer der vielen Aliasnamen Dorns samt passenden Geburtsdaten – im April 1945 in einem Außenlager des KZ Flossenbürg einsaß. Die Inhaftierte, die zuvor aus dem KZ Ravensbrück deportiert worden war, in welchem man sie wiederum Anfang März 1943 eingesperrt hatte, (Inhaftierungsdokumente von Erna Brüser aus der Häftlingskartei Leitmeritz, 1945, 1.1.8.4/ 01010804 003.236/ITS Digital Archive, Arolsen Archives; Auskünfte der Gedenkstätten

Ravensbrück und Terezín), war wahrscheinlich eine gänzlich andere Person, deren Identität sich die später als Erna Dorn firmierende Frau bediente – was mit großer Sicherheit heißen würde, Erna Dorn hätte tatsächlich zumindest im Außenlager Leitmeritz in unbekannter Funktion gearbeitet (vgl. Cziborra 2017: 115–129). Ihre von der SED propagierte Rolle als blutrünstige Aufseherin bleibt jedoch weiterhin äußerst zweifelhaft.

Trotz aller Unsicherheiten und Widersprüche: Die Geschichte um die angebliche KZ-Aufseherin und Gestapobeamtin, die am 17. Juni die DDR stürzen und einen faschistischen Staat errichten wollte, füllte die Seiten der Gazetten und wurde fortan stets als Beispiel für das faschistische Wesen des Aufstandes angeführt (Dorn wurde der Öffentlichkeit medial als faschistische Drahtzieherin präsentiert, s. *Freiheit* vom 20.6.1953; ihr Fall wurde auch literarisch rezipiert, vgl. Hermlin 1983 und spielte in der DDR-Geschichtsschreibung zur Deutung des Aufstandes eine tragende Rolle, vgl. Doernberg 1969: 327 und Schöneburg et al. 1968: 322).









„ER FIEL IM KAMPF FÜR DEN FRIEDEN“ – GERHARDT SCHMIDT

Doch auch andere von der Staatspartei gesponnene Legenden fanden Einzug in die staatliche Gesamterzählung. Wie auch im Falle Erna Dorn beginnt das Dilemma einer solchen über die Bezirksgrenzen hinaus propagierten Geschichte vor den Toren eines halleschen Gefängnisses: Während Demonstranten erfolgreich Gefangene aus dem erwähnten Untersuchungsgefängnis in der Kleinen Steinstraße befreit hatten, scheiterten sie beim Versuch, Eingesperrte aus der Haftanstalt „Roter Ochse“ zu holen: Als Demonstrierende dort mithilfe eines Lastwagens versuchten, das Tor der Haftanstalt aufzudrücken, schoss die im Gefängnis verschanzte Wachmannschaft auf die sich vor der Mauer befindenden Menschen (vgl. Lohn 2003: 57–68). Drei davon starben: Kurt Crato, Manfred Stoye und Gerhard Schmidt. Letzterer – der durch einen Querschläger tödlich verletzt wurde – war nicht einmal Teil des Protests gewesen, sondern hatte als Spaziergänger zusammen mit seiner Frau abseits gestanden und die Situation beobachtet. Im Gegensatz zu den getöteten Demonstrierenden, die im

Nachgang als „asoziale Elemente“ und „Faschisten“ verunglimpft wurden, beraumte man für Schmidt gegen den Willen seiner Frau ein Staatsbegräbnis an. Er sei, so die Propaganda, von den Demonstrierenden angegriffen und getötet worden. Der damalige Universitätsrektor Leo Stern hatte Schmidts Familie zuvor aufgesucht, die Pläne für das Begräbnis samt Trauermarsch verkündet und gedroht, dass man die Angelegenheit auch anders darstellen könne, wenn die Familie nicht mitzöge. Der Beerdigung ging dann ein Sternmarsch von Tausenden voraus, zu dessen Teilnahme Arbeiter*innen aus den umliegenden Betrieben verpflichtet worden waren. Teile der Bevölkerung versuchten derweil, das allzu offensichtlich falsche Trauerspiel zu stören und wurden postwendend verhaftet (vgl. Ahrberg/Hertle/Hollitzer 2004: 77–79). Schmidts Tod wurde in der SED-Zeitung des Bezirks von Rektor Stern in dem Beitrag „Er fiel im Kampf für den Frieden“ aufgegriffen. Schmidt sei durch „faschistische Mörderhand“ gestorben. Ebenso falsch wie pathetisch hieß es dort: „Die Kugel, die Gerhard Schmidt traf, sollte die große Sache des Weltfriedens treffen“ (*Freiheit* vom 24.6.1953).

»Schmidt sei durch
'faschistische Mörder-
hand' gestorben.«

LITERATUR

-  Ahrberg, Edda/Hertle, Hans-Hermann/Hollitzer, Tobias (Hrsg.): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, Münster 2004.
-  Ausschuss für Deutsche Einheit: Wer zog die Drähte? Der Juni-Putsch 1953 und seine Hintergründe, Berlin (Ost) 1954.
-  Cziborra, Pascal: KZ Leitmeritz. Frauen für Richard, Bielefeld 2017.
-  Doernberg, Stefan: Kurze Geschichte der DDR, Berlin (Ost) 1969.
-  Gursky, André: Erna Dorn: „KZ-Kommandeuse“ und „Rädelsführerin“ von Halle – Rekonstruktion einer Legende, in: Rupieper, Hermann-Josef (Hrsg.): „... und das Wichtigste ist doch die Einheit“. Der 17. Juni 1953 in den Bezirken Halle und Magdeburg, Münster/Hamburg/London 2003.
-  Hermlin, Stephan: Die Kommandeuse, in: ders. (Hrsg.): Arkadien – Gesammelte Erzählungen, Leipzig 1983.
-  Löhn, Hans-Peter: Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille. Der Volksaufstand des 17. Juni 1953 in Halle an der Saale, Bremen 2003.
-  Schöneburg, Karl-Heinz et al.: Vom Werden unseres Staates. Eine Chronik. Bd. 2, Berlin (Ost) 1968.

Autor:in



Niklas Poppe ist Historiker und Mitarbeiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale).

Als der Herbst begann...

Über zwei politische Häftlinge in der Erfurter Andreasstraße 1953/54

von Jochen Voit und Enno Holloch

Bereits im Sommer 1951, als im thüringischen Saalfeld erstmals in der DDR ein großer Streik ausbrach, griffen die Behörden hart durch. Sie verhafteten die „Rädelsführer“ und verurteilten sie zu hohen Haftstrafen. Was war passiert? Aufgebrachte Kumpel der Wismut-Bergbaugesellschaft hatten das ehemalige Saalfelder Gasthaus „Roter Hirsch“, das als Polizeirevier diente, gestürmt, Volkspolizisten verprügelt und Ermittlungsakten vernichtet. Der Zorn der Bergleute richtete sich gegen die Staatsmacht der jungen DDR, weil Arbeitskollegen verhaftet und eingesperrt worden waren, die zuvor in einer Grube bei Saalfeld wegen schlechter Arbeits- und Versorgungsbedingungen zum Streik aufgerufen hatten.

»Indes wird manchmal vergessen, dass der gewaltsam niedergeschlagene Aufstand noch Monate später Anlass für Repressionen bot.«

Als es knapp zwei Jahre später, am 17. Juni 1953, ausgehend von der Ost-Berliner Stalin-Allee in der gesamten DDR zum Volksaufstand kam, fielen die Forderungen der streikenden Berliner Arbeiter besonders in Thüringen auf fruchtbaren Boden. Vor allem in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl demonstrierten zahlreiche Menschen gegen die SED-Diktatur. Dass die oft verwendeten Begriffe „Volksaufstand“ sowie „Arbeiteraufstand“ ihre Berechtigung haben, zeigen auch die für den Bezirk Erfurt vorliegenden Zahlen: Von den 203 bis Ende Juni allein in diesem Bezirk verhafteten Personen kamen 61 Prozent aus der Arbeiterschaft und nur 7 Prozent aus dem akademischen Milieu. 84,4 Prozent waren parteipolitisch nicht gebunden. In der übrigen DDR waren die Verhältnisse ähnlich.

Indes wird manchmal vergessen, dass der gewaltsam niedergeschlagene Aufstand noch Monate später Anlass für Repressionen bot. So haben viele der Thüringer Verhafte-

ten eine weitaus langwierigere Geschichte von Eigensinn und Widerstand, als es das im kollektiven Gedächtnis verankerte Datum des 17. Juni nahelegt. Die Geschichten von Marilene Bornemann und Richard Stumpf möchten wir exemplarisch erzählen.

SCHNEIDERIN UND FLUGBLATTVERTEILERIN: MARILENE BORNEemann



Häftlingsfoto von Marilene Bornemann, 1953.
Privatbesitz. © Gedenkstätte Andreasstraße

Die damals zwanzigjährige Marilene Bornemann arbeitete 1950 als Schneiderin in Erfurt, als sie ihren späteren Mann Winfried kennenlernte. Mit ihm zusammen knüpfte sie Kontakte nach West-Berlin und das Paar begann 1952, Flugblätter gegen die SED zu drucken, auf denen sie freie Wahlen und ein vereinigtes Deutschland forderten. Sie verteilten die Flugblätter im Erfurter Stadtgebiet, und auch nach dem gescheiterten Volksaufstand vom 17. Juni ermunterten sie die Bevölkerung, weiter „für Demokratie zu kämpfen“. Relativ spät gerieten

sie ins Visier des Ministeriums für Staatssicherheit, dem vonseiten der SED vorgeworfen worden war, den Volksaufstand nicht rechtzeitig vorhergesehen zu haben.

„Als der Herbst begann“, erinnert sich Marilene Bornemann, „haben sie dann zugeschlagen, so lange haben sie uns beobachtet“. Im Oktober 1953 wurde Bornemann in der Erfurter Stasi-Untersuchungshaftanstalt in der Andreasstraße inhaftiert. Sie wurde zu vier Jahren Haft verurteilt – ihr Mann zu zehn Jahren. Erst im Gefängnis merkte Bornemann, dass sie schwanger war. In den Verhören wurde sie gedemütigt und misshandelt. Nach der Geburt ihrer

Tochter in einem Haftkrankenhaus war sie zwei Jahre von ihrem Kind getrennt. Im Gefängnis „Roter Ochse“ in Halle arbeitete sie bis zu ihrer Entlassung 1956 als Schneiderin. Ein emotional unbelastetes Verhältnis zu ihrer Tochter ließ sich nicht mehr herstellen. Ihr Mann wurde 1960 entlassen; fortan versuchte die Familie, ein möglichst unauffälliges Leben zu führen. Doch 1989 beteiligten sich die Bornemanns an der Friedlichen Revolution: Sie verteilten Kerzen und demonstrierten mit Tausenden auf dem Domplatz. Im November gründeten sie gemeinsam mit anderen in Erfurt die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP).

Bis ins hohe Alter war Marilene Bornemann uns, dem Team der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße, als Zeitzeugin eng verbunden. Sie machte nie viel Aufhebens um ihre Person und war bescheiden, dabei hatte sie viel zu erzählen. 2021 starb Marilene Bornemann im Alter von 91 Jahren. Wir verwahren persönliche Dokumente von ihr und ein Video-Interview im Archiv der Gedenkstätte.

ZIRKUSMUSIKER, FEINMECHANIKER UND REDNER: RICHARD STUMPF

Wen wir leider nicht mehr persönlich kennengelernt haben, ist der 2007 verstorbene Richard Stumpf. Seine Geschichte hat uns jüngst seine Familie erzählt und sie mit Gerichtsakten, Fotos und persönlichen Dokumenten illustriert.

Richard Stumpf wurde 1927 in Nürnberg in eine katholische Familie geboren und zog 1934 ins Eichsfeld. Während des Zweiten Weltkriegs absolvierte er eine Ausbildung als Feinmechaniker bei Carl Zeiss in Heiligenstadt, ehe er Ende 1944 zur Kriegsmarine kam und einige Monate in kanadischer Gefangenschaft verbrachte. Nach Kriegsende begann Stumpf bei einem metallverarbeitenden Betrieb in Heiligenstadt zu arbeiten. 1946 trat er der CDU bei und blieb bis 1950 Mitglied. Nachdem Stumpf 1949 nach kurzer Tätigkeit als Sekretär im Vorstand der IG Metall von seiner Funktion entbunden wurde, arbeitete er hauptberuflich als Gitarrist und wohnte in Duderstadt in Niedersachsen. Dort warb ihn ein Kollege für Fossett's Circus in Dublin an. Der 23-jährige Richard Stumpf zog nach Irland und begleitete die Zirkusvorführungen ein Jahr lang musikalisch, bevor er nach Heiligenstadt und in seinen alten Betrieb, die Firma

Engelmann & Co., zurückkehrte, die nun aufgrund der Verstaatlichung VEB MEWA hieß.

Der 17. Juni 1953 verlief größtenteils ereignislos in Heiligenstadt. Über die Stadt wurde provisorisch der Ausnahmezustand verhängt; potenzielle Streiks sollten durch Verhaftungen und den gezielten Einsatz SED-treuer Agitatoren in den Betrieben unterbunden werden. Erst am Abend erfuhr Richard Stumpf von den Ost-Berliner Ausschreitungen im Westradio. Am nächsten Tag berief die VEB MEWA eine Betriebsversammlung ein. Der Ratskreisvorsitzende erklärte die Folgen der Verhängung des Ausnahmezustands über Heiligenstadt und diffamierte die Aufstände als „vom Westen inszeniert“. Nach seiner Rede forderte er die Belegschaft zu Wortbeiträgen auf. Stumpf, zu diesem Zeitpunkt Gewerkschaftssekretär des Betriebes bzw. der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL), meldete sich zu Wort. Er hielt eine beeindruckende Rede, deren Hauptaussage sinngemäß lautete: „Wenn ich als BGL-Vorsitzender Mist machen würde, würde ich abgelöst. Dasselbe kann man auch von den oberen Funktionären verlangen.“ Stumpf forderte außerdem eine neue, echte Arbeiterregierung. Auf die Rede folgte „orkanartiger Beifall“.

»Wenn ich als BGL-Vorsitzender Mist machen würde, würde ich abgelöst. Dasselbe kann man auch von den oberen Funktionären verlangen.«

Der publikumswirksame Auftritt hatte zunächst keine Konsequenzen für Stumpf. Doch nachdem die SED den Volksaufstand mit Hilfe sowjetischer Panzer niedergeschlagen hatte und wieder fest im Sattel saß, sollte auch im Eichsfeld ein Exempel statuiert werden: Im Januar 1954, also ein halbes Jahr später, warnten Kollegen Stumpf, dass möglicherweise seine Verhaftung bevorstünde. Ein Kollege kaufte ihm sogar eine Fahrkarte nach Ost-Berlin, mit der er nach West-Berlin flüchten sollte. Stumpf verstaute die Fahrkarte in seinem Mantel.

Am 18. Januar 1954, einen Tag vor der geplanten Flucht, klopfen zwei Männer in Zivil an Stumpfs Wohnungstür. Er solle mitkommen, es gehe um den Betrieb. Geistesgegenwärtig entfernte Stumpfs Ehefrau Elisabeth die Fahrkarte nach Berlin, bevor ihr Ehemann seinen Mantel anzog. Sobald Stumpf die Wohnung verlassen hatte, wurde er verhaftet. Kurz zuvor hatten Vertreter der Volkspolizei, der

Kreisleitung der SED und ein Vertreter der Bezirksstaatsanwaltschaft Erfurt in Stumpfs Betrieb zusammengesessen und seinen Fall diskutiert. Sie waren zu dem Schluss gelangt, dass er ein „Provokateur vom 17. Juni 1953“ sei. Das Erfurter Bezirksgericht erhob Anklage gegen Richard

Stumpf wegen Verbrechen nach Art. 6 der Verfassung (Boykotthetze) und KD 38 Abschn. II Art. III A 3 (Gefährdung des Friedens durch Verbreitung tendenziöser Gerüchte). Glücklicherweise konnte ihm, da er die Fahrkarte nicht bei sich trug, kein Fluchtversuch nachgewiesen werden.

Das Gericht hörte mehrere Kollegen als Zeugen an, die aber alle wenig belastbare Aussagen machten. Stumpf war schlicht zu beliebt. So äußerte der Werkleiter bei der Vernehmung durch die Volkspolizei im Februar 1954: „Da er als Mensch rein persönlich einen guten Humor hat, hat er in der Belegschaft

große Sympathien, sodass die Masse der Belegschaftsmitglieder in Stumpf nicht den Provokateur sieht.“

Am 13. April 1954 wurde Richard Stumpf zu einem Jahr Gefängnisstrafe verurteilt. Zudem wurden ihm diverse sogenannte Sühnemaßnahmen auferlegt. Man entzog ihm etwa das Wahlrecht, er durfte sich nicht mehr politisch betätigen, kein Gewerkschaftsmitglied sein und kein Auto fahren. Die Gefängnisstrafe saß Stumpf vollständig in Untersuchungsanstalten der Stasi ab. Am 3. August 1954 wurde er von Gotha nach Erfurt in die Andreasstraße verlegt. Später hat er sich an seine Haft, jedenfalls im Gespräch mit seiner Familie, ohne Bitterkeit erinnert: Er habe zu Weihnachten das Personal gefragt, ob er als Christ das Läuten der berühmten



Privatfoto von Richard Stumpf, 1950er Jahre.
Privatbesitz. © Gedenkstätte Andreasstraße

Gloriosa-Glocke hören dürfe. Der Wärter habe schroff abgelehnt, ihn aber nachts aus der Zelle geholt und auf den Freihof gebracht, wo er der Glocke lauschen konnte.

Nach genau einem Jahr Haft wurde Stumpf 1955 entlassen. Kurz darauf entschied er sich, in die Bundesrepublik zu flüchten. Durch seine Ausbildung bei Zeiss hatte er Kontakte nach Oberkochen in Baden-Württemberg, wo die Firma ein großes Werk betrieb. Richard Stumpfs Frau Elisabeth floh wenig später als Begleitperson ihres blinden Vaters zusammen mit den zwei Kindern gleichfalls in den Westen. 1991 wurde Richard Stumpf vom Bezirksgericht Erfurt rehabilitiert.

Autor:innen



Dr. Jochen Voit ist Historiker, Ausstellungskurator und Comic-Szenarist; seit 2012 leitet er die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt.

Enno Holloch studiert Geschichtswissenschaft an der Universität Erfurt und arbeitet für das Forschungsprojekt „The Other Global Germany: Transnational Criminality and Deviant Globalization in the 20th Century“.

Im Gespräch: Zeitzeugen berichten über den 17. Juni und dessen Folgen



Wolfgang Jähnichen nahm als knapp 14-Jähriger an den Protesten am 17. Juni 1953 in Dresden teil. Ab 1960 studierte er an der TU Hannover Bau- und Verkehrswesen und war anschließend unter anderem in Hamburg, Düsseldorf, West-Berlin und Leipzig in leitender Position für die jeweiligen Bahn- bzw. Verkehrsbetriebe tätig. Als Betriebsleiter für den Oberflächenverkehr der Berliner Verkehrsbetriebe koordinierte er direkt nach der Pressekonferenz vom 9. November 1989 den Busverkehr zwischen Ost- und West-Berlin sowie ins Berliner Umland. Wolfgang Jähnichen ist seit 1961 Mitglied der SPD und bis heute kommunalpolitisch aktiv.

Lutz Rackow begleitete am 16. Juni 1953 als 21-jähriger die Bauarbeiterdemonstration in Ostberlin. Er war damals Jungredakteur der Tageszeitung *Der Morgen* der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands. Später begann er von Ostberlin aus ein Studium der Wirtschaftswissenschaften, Geschichte und Psychologie an der TU Berlin-Charlottenburg. Gleichzeitig arbeitete er weiter als Freiberufler für Medien in Ostberlin. Nach der Wiedervereinigung erschien sein autobiografisches Buch „Spurensicherung. 80 Jahre in deutschen Irrgärten“ mit 48 Geschichten von seiner Kindheit im NS-Staat bis heute.

LaG: Lieber Herr Jähnichen, lieber Herr Rackow: Sie beide haben den 17. Juni 1953 und die Proteste unmittelbar miterlebt. Welcher persönliche Eindruck ist davon am stärksten haften geblieben?

Wolfgang Jähnichen: Das war das erste Mal, dass ich eine Massendemonstration erlebt habe, die nicht von der Regierung der DDR verordnet war. Bis dahin gab es immer diese Massendemos: Wir mussten zum 1. Mai antanzen. Und zum Tag der Republik, pflichtgemäß. Und das war das erste Mal eine ganz freie Demonstration von – in diesem Fall absolut unzufriedenen – Bürgern.

Lutz Rackow: Stalins Tod im März 1953 verursachte bezüglich des künftigen Kurses der Hegemonialmacht Sowjetunion eine ungewisse Übergangssituation. Wie würde es im Ostblock weitergehen? Kommt es zu einer Liberalisierung der Kreml-Politik? In der DDR keimten Hoffnungen, denn die Ulbricht-Administration ließ Unsicherheit erkennen. Die Funktionäre des gesamten Bevormundungsregimes hielten sich sicherheitshalber bedeckt. Berliner Bauarbeiter zeigten Courage und organisierten spontan die Demonstration vom 16. Juni, um die Machthaber zu den angekündigten Erhöhungen der Arbeitsnormen zur Rede zu stellen.

LaG: Haben Sie sich damals als politische Menschen verstanden?

Jähnichen: Ja, in jedem Fall. Ich komme aus einer uralten sozialdemokratischen Familie. So ist meine Einstellung zum Staat durch mein Eltern- und Großelternhaus geprägt. Wir waren eine antifaschistische Familie, die aber mit den Kommunisten nichts zu tun haben wollte. Und politisch bin ich heute noch tätig. Ich bin seit 62 Jahren Sozialdemokrat. Aktiv!

Rackow: Ja, unbedingt. In meinem Elternhaus war ich schon früh in ein entschiedenes politisches Denken gegen das NS-Regime und die SED-Diktatur einbezogen. 1944 war ich bereits aus der Schule geflogen, weil ich den deutschen „Endsieg“ bezweifelte. Und 1946 bei den Kommunisten, weil ich den roten Glaubenszwängen nicht folgen wollte.

LaG: Haben Sie denn auch Ihre Teilnahme an den Protesten als politische Handlung verstanden?

Jähnichen: Nein, da will ich ehrlich sein, das war Sensationslust. Im RIAS hörte ich schon am 16. Juni, dass am nächsten Tag in der gesamten DDR ein Generalstreik stattfinden soll. Ich wusste gar nicht, was ein Generalstreik ist. Es war für mich etwas Aufsehenerregendes, Neues, und überall dort, wo was Interessantes war, musste ich ja mit meiner Nase rein. Und da bin ich dann nach der Schule nicht nach Hause gegangen, sondern in die Innenstadt. Da schaukelte es sich nun ein bisschen auf. Und während es anfang mit „Die Normerhöhungen müssen zurückgenom-

men werden!“ – das war ja nach wie vor die große Forderung –, ging das dann weiter mit: „Freie Wahlen!“, „Wir wollen die Einheit Deutschlands!“, „Rücktritt der DDR-Regierung!“ und so. Und das fing nun an, auch für die Besatzungsmacht ein bisschen kritisch zu werden. Die Volkspolizei und die Kasernierte Volkspolizei [Vorläufer der Nationalen Volksarmee, Anm. der Red.] hatten sich anfangs zurückgehalten. Also die haben nicht geschossen. Und dann dauerte es vielleicht eine Stunde, dann hörten wir aus der Neustadt, aus dem nördlichen Teil Dresdens, so ein Gerassel. Ich hatte das schon einmal gehört. Nämlich acht Jahre zuvor, als die Russen einmarschierten. Und da kamen in der Tat russische Panzer. Aber – und da lege



Mann schlägt mit Stange auf Panzer ein.
© Foto: 70 Jahre DDR-Volksaufstand/Bundespresseamt
der Bundesregierung/Perlia-Archiv/Bild Nr. 203037

ich Wert drauf – die fuhrten Schrittgeschwindigkeit und schossen nicht in die Menge. Sie schossen – aber: drüber hinweg. Dennoch formierte sich ein Zug, der ging vorbei am Polizeipräsidium, an der Schießgasse. Hier haben die Arbeiter gefordert, dass die politischen Gefangenen, die da drin waren, befreit werden sollen. Aber da waren die Kommunisten cleverer

als die Demonstranten. Dort war nicht nur die Volkspolizei, sondern es waren auch die Russen da. Nun muss man fairerweise dazu sagen, dass der faschistische Überfall Deutschlands auf die damalige Sowjetunion gerade acht Jahre zurücklag. Ich glaube schon, dass die russischen Politoffiziere ihren Soldaten gesagt haben, das ist ein faschistischer Putsch. War es nicht. Aber, dass die das geglaubt haben, nach gerade acht Jahren, nach dem reinen Vernichtungskrieg des Hitlerfaschismus gegen die Sowjetunion. Wir zogen dann weiter über den Platz der Einheit, wo Panzer standen, die aber nicht geschossen hatten, zum Neustädter Bahnhof. Dort wurden die demonstrierenden Arbeiter – wirklich wie Mehlsäcke – von der Volkspolizei über die Planken von Lkws geschmissen und ins Gefängnis gebracht. Jedenfalls habe ich da Schiss bekommen und bin nach Hause gelaufen.

LaG: Herr Rackow, Sie haben die Bauarbeiterproteste in Berlin schon am 16. Juni begleitet. Wie haben Sie diese damals wahrgenommen?

Rackow: Der Protestzug am 16. Juni verlief betont friedlich. Die Protestierenden skandierten: „Berliner reiht euch ein, wir wollen keine Arbeitssklaven sein!“ Das geschah aber nicht. Auch einen Streikaufruf habe ich an diesem Tag nicht gehört. Auch keine Gewaltakte gegen Plakate oder Symbole. Sowieso nicht gegen Personen. Nur vor dem Brecht-Theater lag ein umgestürzter Lautsprecherwagen mit eingeschlagener Frontscheibe. Brecht war offensichtlich nicht vor der Tür gewesen. Er wäre auf der Probestühne unabhkömmlich gewesen, wurde später kolportiert. Dass es am nächsten Tag landesweite Revolten geben würde – von einem Volksaufstand oder gar einer Revolution zu sprechen, halte ich bis heute für unzutreffend – dafür gab es am 16. Juni in meinem Gesichtskreis noch keine Anzeichen. Die Demonstranten gingen pünktlich zum Arbeitsschluss gegen 17:30 Uhr nach Hause. Sie trennten sich voneinander am Alexanderplatz mit der Durchsage, dort am nächsten Morgen wieder zusammenzukommen. Ein Bewusstsein dafür, dass es am 17. Juni eine Massenrevolte in der gesamten DDR geben würde, war am Ende des Auftakts für mich noch nicht zu spüren.

LaG: Wie haben Sie das Agieren von staatlicher Seite, von seiten der DDR und auch der Sowjetunion, wahrgenommen?

Rackow: Die Polizei hat am 16. Juni nur auf Motorrädern den Verkehr geregelt. Die gesamte „Arbeiter- und Bauernmacht“ blieb bis zum nächsten Morgen abgetaucht. Vom sowjetischen Militär war auch noch nichts zu sehen. Gegen die Besatzungsmacht wurde offensichtlich nicht demonstriert. Erst am nächsten Tag – über Nacht waren wohl Befehle aus Moskau in Berlin eingetroffen – fuhren dann Panzer der Besatzungsarmee in Ostberlin und allen Städten, wo die Bevölkerung gegen das DDR-Regime mit zivilem Ungehorsam aktiv geworden war, mit Kettengetöse durch die Innenstädte. Offensichtlich keineswegs um protestierende Menschenansammlungen „niederzuwalzen“, sondern um sie massiv einzuschüchtern. Sie wurden vielerorts mit Steinen beworfen, am Potsdamer Platz in Berlin vorwiegend über die markierte Sektorengrenze hinweg.

Offenbar hatten die so-wjetischen Soldaten – wie später

erkenntlich wurde – den Befehl nur im Falle der Selbstverteidigung auf Demonstranten zu schießen. Die DDR-Polizei, einschließlich der Stasi, blieb vorwiegend in ihren Behausungen, wick eher aus, als sich mit Waffen zu wehren, wenn sie angegriffen wurde. Tatsächlich gelang es Demonstranten auch in Dienststellen einzudringen, hier und da politische Häftlinge zu befreien. Wo Stasi-Mitarbeiter, Agenten und Spitzel erkannt wurden, kam es auch zu Angriffen auf diese.



Menschenansammlung (mit Fahrrädern) auf dem Potsdamer Platz. © Foto: 70 Jahre DDR-Volksaufstand/ Bundespresseamt der Bundesregierung/Perlia-Archiv/ Bild Nr. 12079

LaG: Wie haben Sie die Rolle der Medien bei den Protesten wahrgenommen?

Jähnichen: Wir haben unsere Informationen über den RIAS bekommen. RIAS war die gebräuchliche Abkürzung für „Rundfunk im amerikanischen Sektor von Berlin“. Und alles, was gesendet wurde, haben die Amis zu verantworten gehabt. Da sind dann am 16. die Arbeiter gekommen und wollten, dass der RIAS ankündigt, am nächsten Tag ist Generalstreik. Da haben die Amis gesagt: „Kommt nicht in Frage! Das sagen wir nicht, aber, wenn Ihr es sagt, dann haben wir nichts dagegen.“ So dass wir also in Dresden gehört haben: Am 17. Juni ist Generalstreik.

Rackow: Die westdeutschen Rundfunksender, vor allem der RIAS, hatten schon am 16. Juni darüber berichtet, was in Ostberlin geschah. Indessen wurden keinerlei Aufrufe oder Empfehlungen verbreitet. Was mir alsbald auch Egon Bahr bestätigte, der damals RIAS-Chefredakteur war und entsprechende kategoriale Anweisungen von seinem US-Vorgesetzten erhielt.

»In meiner Zeitungsredaktion herrschte 'konzentrierte Ratlosigkeit'.«

In meiner Zeitungsredaktion herrschte „konzentrierte Ratlosigkeit“. Die Chefredaktion hockte stundenlang hinter gepolsterten Doppeltüren beisammen. Eine Redaktionskonferenz hatte es nicht gegeben. Der Fernschreiber, der sonst ununterbrochen Nachrichten des staatlichen Nachrichtendienstes ADN [Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst, Anm.d.Red.] auf sein endloses Papierband hämmerte, pausierte. Aus dem Amt für Information gab es keine Anweisungen zur politischen Tageslinie.

LaG: Wie wurde der 17. Juni in der Folgezeit thematisiert – in Ihrer Familie, in der Bevölkerung und in den Medien?

Jähnichen: Meine Eltern sahen sich in ihrer Weltanschauung bestätigt. Aber nicht nur meine Eltern. Die Ereignisse waren nicht wegzudiskutieren. In den Folgejahren wurden die Ereignisse des 17. Juni 1953 seitens der DDR-Macht-haber totgeschwiegen. Und wenn es doch zur Sprache kam, war es ein faschistischer Putsch. Im Westen war der 17. Juni ab 1954 der Tag der Deutschen Einheit, ein Gedenktag. Im Osten war es ein Tag wie jeder andere.

Rackow: Kaum waren Sowjets und die SED-DDR wieder Herr der neuen Zwangslage, begann erwartungsgemäß eine parteitypische umfassende Lügenkampagne. Alles sei vom Westen organisiert, angestiftet und ferngesteuert worden. Sofort wurden auch Sprecher aus den Formationen der Revoltierenden als angebliche Aufwiegler in Ostdeutschland ermittelt und in der Folge im Verbund mit der sowjetischen Militärverwaltung hart bestraft. Neostalinismus statt innerer Entspannung!

LaG: Herr Jähnichen, Sie haben ja seit 1957 in Westdeutschland gelebt. Wie wurde dort über den 17. Juni gesprochen?

Jähnichen: Wir früheren, ehemaligen Osis waren im Westen ein Club für sich. Wir hatten nicht viel Geld. Und während die anderen an dem Tag Reisen unternahmen, war das für uns finanziell nicht drin. Für unsere westdeutschen Kommilitonen – und das sage ich schon etwas in Kritikform – war es ein freier Tag, an dem man zum Baden fuhr oder mit der Freundin etwas unternahm. Das war es für mich nicht. Ich habe dann schon immer daran gedacht, wie ich am 17. Juni mitgelaufen

»Ich habe dann schon immer daran gedacht, wie ich am 17. Juni mitgelaufen bin.«

bin. Und ich habe immer gehofft. Aber je länger die Einheit nicht kam, umso mehr ging die Hoffnung zurück, dass es mal wieder eine Einheit gäbe. Dann kam der 9. November 1989. Und das war der schönste Tag in meinem Leben.

LaG: Welche Bedeutung hat der 17. Juni für Sie persönlich?

Jähnichen: Für mich hat das Datum eine sehr große Bedeutung. Aber es ist durch den 3. Oktober abgelöst worden. Es ist jetzt ein historischer Tag für mich. Genauso wie der 8. Mai 1945 ein historisches Datum ist.

Rackow: Das Datum ist ein Lehrstück für ein vergebliches Aufbegehren gegen die diktatorische Macht eines nicht-legitimierten Systems.

LaG: Unser Magazin heißt „Lernen aus der Geschichte“. Können wir aus dem 17. Juni 1953 etwas lernen?

Jähnichen: Ja, einiges. Die Gründe für das Scheitern des 17. Juni beispielsweise. Erstens: Er war nicht zentral organisiert. Er war spontan. Die Forderungen der Arbeitnehmer waren nicht einheitlich formuliert. Es war nichts koordiniert. Dann: Es war die vergebliche Hoffnung auf Hilfe durch den Westen, die dadurch – gerade in Berlin – genährt worden ist, dass die Amis mit der Luftbrücke ihr Westberlin nicht hatten fallenlassen. Aber man hat sich da etwas verspekuliert. Denn: Der Westen hat – wie drei Jahre später in Budapest und wie 1961 beim Bau der Mauer – zwar verbal unterstützt, aber das war's dann auch. Und genauso war es mit dem 17. Juni. Der Westen hat gesagt: Es wird an der Nachkriegsordnung nur dann etwas geändert, wenn unsere früheren Verbündeten, die jetzt unsere Feinde sind, damit einverstanden sind. Und das galt umgekehrt auch für die Russen. Ich lag mit meinen Vorstellungen über Putin, als er am 24. Februar 2022 Putin die Ukraine überfallen hat, völlig daneben. Denn die Russen haben im schlimmsten Kalten Krieg alle getroffenen wirtschaftlichen Vereinbarungen ordentlich erfüllt, haben korrekt geliefert. Sie wollten ihr Herrschaftsgebiet gesichert haben. Das war für mich unvorstellbar, was der Putin sich da geleistet hat. Es hat mein Geschichtsbild total verändert, dass die Russen nun ihren Herrschaftsbereich erweitern wollen. Das ist eine Sache, die mein Weltbild sehr erschüttert hat.

Rackow: Dass keine freiheitliche Volksbewegung in einer skrupellos agierenden Diktatur eine Chance hat ohne engagierte Unterstützung von außen zu obsiegen.

LaG: Sie berichten immer wieder mit großem Engagement als Zeitzeuge von Ihren Erlebnissen. Was motiviert Sie dazu?

Jähnichen: Ich möchte der nachfolgenden Generation meine Erlebnisse rüberbringen. Aber bitte nicht so, dass ich mich hinstelle und doziere wie der Herr Oberstudienrat. Ich mache das nicht aus der Sicht eines 80-Jährigen, der alles besser weiß, sondern aus der Sicht eines 13-Jährigen. Ich möchte so erzählen, wie ich damals gedacht habe. Und dann sage ich: „Stellt mir Fragen!“

Rackow: Das Bewusstsein der Verpflichtung, als Zeitzeuge mit authentischen Erlebnissen zu einem historisch bedeutsamen Ereignis in der Nachkriegsgeschichte unseres Landes dabei mitzuwirken, dass die Kenntnisse von bedeutsamen Tatsachen ohne Irrtümer und Verfälschungen übermittelt und bewahrt werden. Deshalb habe ich auch mein 600-Seiten-Buch „Spurensicherung“ geschrieben.

LaG: Vielen Dank für das Gespräch!

„Neuer Kurs“ ins alte System. Die DDR nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953

von **Stefan Wolle**

Über nur wenige Tage der deutschen Geschichte wurde so viel geredet, wie über den 17. Juni 1953, und über kaum einen anderen Tag wurde mehr geschwiegen und gelogen.

Die DDR-Führung hat das für sie traumatische Ereignis aus der Erinnerung verbannt, und doch war es omnipräsent. Im Westen wurde der ostdeutsche Volksaufstand als arbeitsfreier Feiertag begangen, doch war seine historische Bedeutung fast vergessen.



Gedenkfeier zum 10. Jahrestag des Volksaufstandes. Am Rednerpult der Regierende Bürgermeister Willy Brandt. © Foto: 70 Jahre DDR-Volksaufstand/ AdsD/FES; 6/FOTB046255

Seit 1990 finden zu allen runden Jubiläen Veranstaltungen statt. Zwischen den Gedenktagen

aber ist es still geworden um den 17. Juni. Die öffentliche Wahrnehmung hat sich aus guten Gründen dem Alltag der DDR zugewandt. Es lohnt sich also, den Blick auf die Zeit unmittelbar nach dem Volksaufstand und auf die Alltagswirklichkeit des Jahres 1953 zu richten. Wie ging das Leben weiter, nachdem die sowjetischen Panzer von den Straßen verschwunden waren? Was erhofften sich die Menschen in Ostdeutschland und welche Folgerungen haben die Herrschenden aus der politischen und moralischen Katastrophe gezogen?

»Wie ging das Leben weiter, nachdem die sowjetischen Panzer von den Straßen verschwunden waren?«

WEITER VORAN AUF DEM „NEUEN KURS“

Die SED-Führung verfolgte nach dem 17. Juni eine Doppelstrategie: Auf der einen Seite verbreitete sie die Behauptung, der Westen, insbesondere das Ost-Büro der SPD, hätte in der DDR einen „faschistischen Putschversuch“ initiiert. Auf der anderen Seite räumte sie seit der öffentlichen Bekanntmachung des Neuen Kurses Versäumnisse und Fehler ein.

Am 11. Oktober 1953 veröffentlichte *die Berliner Zeitung* unter der Überschrift „Unser Berlin voran im neuen Kurs“ eine Reihe von „Vorschlägen der Bezirksleitung Groß-Berlin der SED zur Durchführung des neuen Kurses im demokratischen Sektor“. In dem Aufruf heißt es: „Wenn wir so auf die Ergebnisse unserer Arbeit zurückblicken, können wir sagen: Wir haben vieles erreicht. Aber wollen wir ehrlich sein, sind wir deshalb schon zufrieden? Nein, denn mit unserer Arbeit, mit unseren Erfolgen sind auch unsere Bedürfnisse und Ansprüche gewachsen [...]. Es genügt uns nicht mehr, nur ein Dach über dem Kopf zu haben, wir wollen schöne, sonnige Wohnungen. Wir wollen uns nicht nur sattessen. Wir wünschen gute und schmackhafte Lebensmittel in reicher Auswahl. Wir wollen nicht nur sauber gekleidet ein. Wir wünschen gute Kleidung, schöngemusterte Stoffe von gediegener Qualität. Wir wollen uns am Feierabend erholen bei schöner Musik und auch nach einem flotten Rhythmus das Tanzbein schwingen“ (Berliner Zeitung, 11.10.1953).

Das waren bemerkenswerte Einsichten. Die SED-Funktionäre hatten begriffen, dass man aufsässige Untertanen mit Gewalt zur Ruhe bringen kann – aber nicht alle und schon gar nicht dauerhaft. Auf diese simple Weisheit ließen sich die Maßnahmen reduzieren, die fortan unter dem Etikett „Politik des Neuen Kurses“ den staunenden Bürger*innen in zahlreichen Bereichen ihres alltäglichen Lebens offeriert wurden. „Machen wir den demokratischen Sektor Berlins zum Zentrum der guten deutschen Mode!“, kann man etwa im Katalog der Vorschläge lesen. „Hier hat unsere Konfektion eine große Aufgabe. Es sollte ein führendes Modehaus gegründet werden, das die besten, einfallsreichsten Modeschöpfer beschäftigt und eine geschmackvolle, kleidsame, für ganz Deutschland führende Mode entwickelt“ (Berliner Zeitung, 11.10.1953).

Die Behörden waren nun vor allem bemüht, die vielen kleinen Misshelligkeiten des sozialistischen Alltags zu beseitigen. Solange nicht nach den Ursachen der Missstände gefragt wurde, war Kritik erlaubt und sogar erwünscht. Durch Leserbriefe geriet vor allem jener Bereich des Alltags in die Kritik, über den sich wohl jeder fast täglich ärgerte – nämlich der Einzelhandel mit seinen ewigen Versorgungslücken, Schlangen, unhöflichem Verkaufspersonal oder überraschenden zusätzlichen Schließzeiten. Unter der Überschrift „Was sucht die Butter im Filmplakat?“ wurde beklagt, dass die Lebensmittelgeschäfte nicht mit Einwickelpapier ausgestattet waren. Eine Kundin schrieb an *die Berliner Zeitung*: „Kürzlich kaufte ich [...] Butter, die mir in ein Plakat und ein Rechnungsformular eingewickelt wurde. Das hat mir gereicht. So etwas spricht doch jeder Hygiene Hohn“ (Berliner Zeitung, 27.11.1953). Eine andere Kundin beschwerte sich in derselben Ausgabe: „In der HO-Verkaufsstelle [...] wird seit einiger Zeit Wurst in Seidenpapier eingewickelt. Natürlich fettet die Wurst durch und bleibt an dem Papier kleben. Kommt man nach Hause, ist alles ein Matsch.“ Bei einem Schlachter habe sogar ein Zettel im Schaufenster gehangen: „Bitte Zeitungspapier mitbringen“ (Berliner Zeitung, 11.10.1953).

»Die Behörden waren nun vor allem bemüht, die vielen kleinen Misshelligkeiten des sozialistischen Alltags zu beseitigen.«

KRITISCHE GEISTER DRINGEND GESUCHT

Kritik und Selbstkritik waren gefragt, und auch die Kulturschaffenden aufgefordert, in diesem Sinne aktiv zu werden. Doch woher so schnell kritische Prosawerke oder Bühnenstücke nehmen, nachdem jahrelang alles unterdrückt worden war, was nur den Anschein einer eigenständigen Position erweckte? Da kam das Lustspiel „Shakespeare dringend gesucht“ von Heinar Kipphardt gerade im rechten Augenblick. Das Stück des jungen Chefdramaturgen des Deutschen Theaters Berlin handelt vom Stückeschreiben: Der Dramaturg eines Stadttheaters sitzt in seinem Büro und rauft sich die Haare angesichts der unbrauchbaren Manuskripte, die sich auf seinem Schreibtisch stapeln. Dann sprechen eine Reihe von Autoren vor. Angesichts der literarischen Konjunkturritter mit ihren in Dialoge gefassten Leitartikeln bekommt der Dramaturg einen Tob-

suchtsanfall und schmeißt eines der jungen Talente samt Manuskript aus dem Theater. Doch es hat den Falschen erwischt: den Autor des einzigen brauchbaren Stücks. Als der Dramaturg dies begreift, ist es zu spät. Es beginnt eine turbulente Jagd nach dem „neuen Shakespeare“.

Hier durfte nun ausnahmsweise gelacht werden über Dogmatiker, Karrieristen und Bürokraten. „Drei Stunden lang ist des vernichtenden Lachens kein Ende“, schrieb ein Theaterkritiker im *Neuen Deutschland*. „Die aufgeblasenen Pfuscher, die sich spreizenden Dilettanten, die Handelsreisenden in Zeitgeist, all die üblen Bürokraten unserer guten Sache werden zerrupft und zerrissen, verprügelt und blamiert [...]. Kipphardts Stück kommt zur rechten Stunde [...]. Es wird mithelfen, eine erneuerte Atmosphäre zu schaffen, in der die Münder sich auftun und die Herzen sich erschließen, eine Atmosphäre mutiger Kritik und Selbstkritik, vor der nichts Morsches, Hemmendes, Zukunftsfeindliches mehr besteht“ (Neues Deutschland, 3.7.1953).

Doch natürlich saßen die „aufgeblasenen Pfuscher und sich spreizenden Dilettanten“, die der Rezensent so fröhlich gegeißelt hatte, langfristig am längeren Hebel. Heinar Kipphardt ging 1958 nach Düsseldorf und wurde im Westen mit seinen Dokumentarstücken zum Wegbereiter des politischen Theaters der 1960er Jahre.

EIN TRAUMATISCHES DATUM

In den Augen der Staatsmacht hatte der 17. Juni mythische Dimensionen angenommen. Als der erste Jahrestag nahte, wurde vom Staatssekretär für Staatssicherheit die „Aktion Bollwerk“ in die Wege geleitet. In der entsprechenden Dienstanweisung heißt es: „Nach bisher vorliegenden Informationen bereitet der Gegner neue Provokationen und Störversuche mit der Absicht vor, auch am 17. Juni 1954 Unruhen zu erzeugen. Das wird von den gleichen Hintermännern des faschistischen Putschversuches geplant. [...] Das Ostbüro der SPD/DGB ist dabei, Provokationen am 17. Juni 1954 vorzubereiten“ (BStU, ZA, Dienstanweisung 35/54 vom 28.5.1954, Allg. Serie 175/56, Bd. 1, Bl. 33– 41; Zitat Bl. 33). Fast möchte man sagen, zu viel der Ehre: Weder die SPD noch der DGB waren willens oder in der Lage, in der DDR einen neuen Volksaufstand zu organisieren.

Vielmehr wurde die SED-Führung Opfer ihrer eigenen Propaganda. Es war ihr noch gut in Erinnerung, dass die Idee zum Streik der Bauarbeiter auf der Stalin-Allee zum ersten Mal während einer Dampferfahrt am Wochenende zuvor öffentlich ausgesprochen wurde. Seitdem waren betriebliche Dampferfahrten im Sicherheitsdenken der Stasi stets ein neuralgischer Punkt. Angesichts des Herannahens des gefährlichen Datums im Frühsommer 1956 fertigte die Staatssicherheit Listen über alle Betriebskollektive an, die am Sonntag, dem 17. Juni, Dampferfahrten gebucht hatten. So konnte Erich Mielke bereits am 14. Juni 1956 erfahren, dass die 120 Mitarbeiter der Trabrennbahn Karlshorst den Plan gefasst hatten, am Sonntag mit dem Fahrgastschiff „La Paloma“ ins Grüne zu fahren. Der Kammerchor Treptow hatte die Absicht, das Wochenende für einen Ausflug nach Alt-Buchhorst zu nutzen, und die katholische Pfarrgemeinde Buch hatte zum gleichen Termin das Motorschiff „Delphin“ gechartert, um der beliebten „Gaststätte Ziegenhals“ einen Besuch abzustatten. Folglich schwärmten die Mitarbeiter der Staatssicherheit am Sonntag aus, um die Biergärten der Berliner Umgebung „operativ abzusichern“.

„WAFFE AM MANN“

Die Grundmuster zur Ausübung politischer Macht, welche die DDR bis zu ihrem Ende begleiten sollten, wurden durch die Zeit nach dem 17. Juni geprägt: die Propaganda, die für alle Schwierigkeiten des Sozialismus den Westen verantwortlich machte, ebenso wie das Streben nach totaler Überwachung und Unterdrückung. Auf der anderen Seite stand der Versuch, die Konsumwünsche der Menschen zu befriedigen, um sie politisch ruhig zu stellen. Für die gesamte DDR-Geschichte ist zudem der Wechsel zwischen „Leine lassen“ und „Leine anziehen“ typisch. Der ehrliche Glaube vieler Menschen, dass in letzter Konsequenz der Sozialismus die bessere Gesellschaftsordnung sei, wurde so zynisch missbraucht. Heinar Kipphardt gingen auf dem Weg in die Resignation viele voraus, und viele weitere folgten ihm.

»Die Grundmuster zur Ausübung politischer Macht, welche die DDR bis zu ihrem Ende begleiten sollten, wurden durch die Zeit nach dem 17. Juni geprägt.«

Vor allem aber fiel der Staatsmacht in Krisenmomen-





ten nichts anderes ein, als die Repression zu verstärken. Dabei spielte die Erinnerung an den 17. Juni 1953 eine zentrale Rolle. Am 8. Oktober 1989 ging bei der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit in Leipzig ein Fernschreiben des Genossen Minister Mielke ein. Es enthielt Verhaltensmaßregeln für die zu erwartenden „feindlich-negativen Handlungen und Aktivitäten“ (BStU, ZA, DSt 103625; Fernschreiben Erich Mielkes an die Leiter der Dienstseinheiten des MfS vom 8.10.1989). Am nächsten Morgen fand in der Leipziger Stasi-Zentrale eine Dienstberatung zwecks Auswertung des Fernschreibens statt. Einer der MfS-Offiziere notierte in sein Arbeitsbuch: „Lageverschärfung durch Zusammenrottung/Störung staatlicher und öffentlicher Ordnung. Verhinderung eines 17. Juni. Behauptung der Macht. Alle zu lösenden Aufgaben sind dieser Hauptaufgabe unterzuordnen [...]. Waffenträger – Waffe am Mann“ (BStU, BV Leipzig, MfS, HA XX, Arbeitsbuch Nr. 1077. Bl. 54ff.).

Die Herrschenden der DDR hatten in den rund drei Jahrzehnten seit dem Juni-Aufstand nichts vergessen und wenig dazugelernt. Es war die Sowjetführung unter Gorbatschow, die verhinderte, dass der 9. Oktober 1989 in Leipzig in Gewalt endete. Denn die Welt hatte sich gründlich gewandelt und für die Menschen in der DDR öffnete sich nun ein „Fenster der Möglichkeiten“, das SED-Regime friedlich zu beseitigen.

Doch wie vermittelt man heute jungen Menschen die Aktualität des Volksaufstandes von 1953? Kaum durch Festreden und feierliche Worte, sondern eher durch eine Einbettung der Ereignisse und handelnden Personen in die konkrete Lebensrealität der 1950er Jahre. Nur wenn die Geschichtsforschung den unbekanntesten Helden des Alltags ein Gesicht gibt, erzeugt man Verständnis für die Menschen, die heute unter Einsatz ihres Lebens im Iran für Menschenrechte und bessere Lebensbedingungen kämpfen, oder die in der Ukraine ihre Freiheit gegen die russischen Herrschaftsansprüche verteidigen. Der Blick auf die Folgen des 17. Juni 1953 ermöglicht zu zeigen, wie die Staatsmacht und die Bevölkerung mit einer Situation umgegangen sind, in der die Unterdrückten die Oberhand gewinnen: Die Menschen fliehen, sofern es möglich ist, sie richten sich ein und sie setzen auf allmählichen Wandel. Je fester aber die Macht gefügt scheint, desto brüchiger wird

sie. Auch dies lehren die drei Jahrzehnte DDR-Geschichte, die auf den 17. Juni 1953 folgten.

LITERATUR

-  Beier, Gerhard: Wir wollen freie Menschen sein. Der 17. Juni 1953: Bauleute gingen voran, Frankfurt am Main/Wien 1993.
-  Kowalczyk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953: Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, Bremen 2003.
-  Kowalczyk, Ilko-Sascha/Engelmann, Roger (Hrsg.): Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953, Göttingen 2005.
-  Wolle, Stefan: Der große Plan. Alltag und Herrschaft in der DDR (1949–1961), Berlin 2013.

Autor:in



Dr. Stefan Wolle ist Wissenschaftlicher Leiter des DDR-Museums Berlin. Er veröffentlichte zahlreiche Bücher und Artikel zur DDR-Geschichte.

Der Aufstand vom 17. Juni 1953 – Phasen der Erinnerung

von **Christoph Kleßmann**

Vor nunmehr fast 80 Jahren revoltierten DDR-Bürgerinnen und Bürger im „Arbeiter-und-Bauernstaat“ gegen ihre Führung. Arbeiter begannen und andere schlossen sich an: Der am 16. Juni von Bauarbeitern auf der Stalin-Allee in Berlin

begonnene Marsch zum „Haus der Ministerien“ eskalierte in kurzer Zeit zum Volksaufstand in der gesamten DDR, an dem Hunderte von Städten und Gemeinden beteiligt waren. Mittlerweile existiert eine kaum noch überschaubare Fülle an Quellen und Literatur: Der 17. Juni gehört zu den besterforschten Ereignissen der DDR-Geschichte.

Aber wie sieht die Erinnerung an dieses ohne Frage wichtige Datum der DDR- und auch der gesamtdeutschen Ge-

schichte aus? Wie hat sich im Laufe von acht Jahrzehnten der Blick verändert, welche Charakterisierungen und Urteile sind strittig geblieben oder wieder in Vergessenheit geraten? Viele Fragen und viele Antworten. Dennoch: Es gibt einige Leitaspekte der Interpretation und der Erinnerung, die nicht mehr ernsthaft umstritten sind. Einige Schwerpunkte und Verschiebungen, die auch etwas über Politik und Mentalitäten im geteilten und wiedervereinigten Deutschland aussagen, sollen hier kurz skizziert werden.



Hennigsdorfer Stahlwerker auf dem Weg zum Haus der Ministerien durch den Westsektor. © Foto: 70 Jahre DDR-Volksaufstand/AdsD/FES; 6/FOTB006236

DER POLITISCHE RAHMEN

Den Ausgangspunkt jeder Interpretation und Erinnerung muss die Geschichte der Etablierung der sowjetischen Herrschaft in Ostmitteleuropa und im östlichen Teil Deutschlands nach 1945 bilden. Sie ist eine Geschichte der gewaltsamen Implantation eines kommunistischen Herrschafts- und Wirtschaftssystems, das nur wenige wollten und gegen das sich trotz harter Repressionen von Anfang an immer wieder Widerstände regten. Aber die tiefe Unzufriedenheit in der Gesamtbevölkerung der DDR machte sich flächendeckend erst im Juni 1953 abrupt in einer spezifischen Konstellation Luft.

»Den Ausgangspunkt jeder Interpretation und Erinnerung muss die Geschichte der Etablierung der sowjetischen Herrschaft in Ostmitteleuropa und im östlichen Teil Deutschlands nach 1945 bilden.«

Für die DDR-Geschichte war die II. Parteikonferenz der SED im Juni 1952 eine entscheidende Zäsur und eine der wichtigsten langfristigen Ursachen für den Aufstand ein Jahr später. Walter Ulbricht, der starke Mann in einer noch relativ schwachen SED, hatte hier nach Stalins Anweisungen den „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“ proklamiert. Der war zwar längst im Gange, nun aber wurden Tempo und Reichweite der Umgestaltung beträchtlich erhöht. Das betraf den vorrangigen Aufbau der Schwerindustrie, die Aufrüstung, die beginnende Kollektivierung der Landwirtschaft, den verschärften Kampf gegen jede ideologische Abweichung und gegen die Kirchen. Mit der weiteren Einschränkung des ohnehin kärglichen Konsums bekam jeder DDR-Bürger zudem nachdrücklich zu spüren, was dieser Beschluss bedeutete.

Erst mit Stalins überraschendem Tod am 5. März 1953 wurde der lähmende Bann gebrochen und eine flexiblere Politik ermöglicht. Auch die SED musste ihre Linie verändern. Das geschah am 9. Juni mit jenem berühmten Kommuniqué des Politbüros, das programmatisch einen „Neuen Kurs“ ankündigte. Das Politbüro gestand gravierende Fehler ein und versprach einen langen Katalog von Veränderungen. Heinz Brandt, damals Sekretär der SED-Bezirksleitung in Berlin, später erbitterter Gegner Ulbrichts, nach seiner Flucht nach Westberlin von der Stasi entführt und in Hohenschönhausen und Bautzen inhaftiert, charakterisier-

te aus der Rückschau die Wirkung dieses Kommuniqués treffend so: „Ein solcher Vorgang war in der Geschichte der kommunistischen Parteien ohne Beispiel. Parteifunktionäre, Mitglieder und die gesamte Öffentlichkeit wurden über Nacht vor vollendete Tatsachen, vor eine völlig neue Politik gestellt“. **»Sie war die Lunte am Pulverfass.«** Ein wichtiger Punkt blieb von dieser rasanten Kehrtwendung allerdings unberührt: Die erst im Frühjahr 1953 beschlossene Erhöhung der Arbeitsnormen um zehn Prozent. Sie war die Lunte am Pulverfass.

Ansätze von Protesten hatte es auch schon vor dem Neuen Kurs gegeben, aber den eigentlichen Aufstandsauftritt machten die Ostberliner Bauarbeiter von der Stalin-Allee. Zwar wurde schon am Nachmittag des 16. Juni die Normerhöhung zurückgenommen, aber da war es bereits zu spät. Mit den vier wichtigsten und jetzt nicht mehr auf Berlin begrenzten Forderungen der Bauarbeiter begann der landesweite Aufruhr: Rücknahme der Normerhöhung, Senkung der Handelsorganisations-Preise, freie Wahlen, keine Bestrafung der Streikenden.

EINORDNUNGEN

Die offizielle Erinnerung aus SED-Zeiten, die den Aufstand als zunächst faschistischen, dann später leicht abgeschwächt als konterrevolutionären Putschversuch verfälschte, bedarf keiner weiteren Erörterung, weil sie stets absurd war und heute so nirgendwo mehr zu finden ist.

Hingegen war in der nichtkommunistischen Geschichtsschreibung lange strittig, ob der 17. Juni ein Arbeiter- oder Volksaufstand war. Dieser Streit ist müßig geworden, seit neuere Untersuchungen die breite Beteiligung der Kleinstädte, der Landbevölkerung und des Mittelstandes belegt haben, auch wenn die Zentren der Aufstandsbewegung neben Berlin unzweifelhaft in den industriellen Ballungsgebieten Sachsens, Thüringens und Sachsen-Anhalts lagen, in denen sich auch die früheren Hochburgen der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung befanden.

Der Verlauf, die Breite der Beteiligung und die Heftigkeit der Unruhen beweisen auch, dass es längst nicht mehr nur

um die Arbeitsnormen ging. Die Ziele reichten viel weiter. Sie betrafen eine tiefgreifende Veränderung oder Abschaffung

des politischen Systems mitsamt seiner Führungsfiguren – nach dem Motto, das sich auch auf einer Straßenbahn in Halle aufgemalt fand: „Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht des Volkes Wille“ (bezogen auf Ulbricht, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, beide Vorsitzende der SED). Ohne Frage war auch das gesamtdeutsche Element stark ausgeprägt. Der Appell an die Einheit Deutschlands und die Forderung nach Wiedervereinigung gehörten in der damaligen

Zeit geradezu selbstverständlich zu den politischen Forderungen und zu den Erwartungen der Bevölkerung.

Ein weiteres Element zur Charakterisierung ist wichtig: Obwohl mit dem Einrücken sowjetischer Panzer ein Erfolg des Aufstands unmöglich wurde, ist eine Beschränkung der Sicht auf den Tag des 17. Juni unzureichend und verzerrt die Beurteilung. Denn die folgenden Wochen und Monate zeigten in den Betrieben häufig noch ein dramatisches Bild: Die Funktionäre der SED und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) hatten große Mühe, die verordnete „Entlarvung der Provokateure“ in Gang zu setzen, weil viele Belegschaften die Distanzierung von den Streikleitungen verweigerten.

War der Aufstand insgesamt eine gescheiterte Revolution? Diese strittige Charakterisierung gehört in die z.T. heftig geführte geschichtspolitische Diskussion und darf angesichts der augenfälligen Spontaneität und Unorganisiertheit des Geschehens auch strittig bleiben. Ohne Frage war und ist jedoch der 17. Juni 1953 neben dem Mauerbau 1961, der großen Leipziger Demonstration am 9. Oktober und der Maueröffnung am 9. November 1989 ein Schlüsseldatum der DDR-Geschichte.



»Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht Volkes Wille« – diese Parole spielte auf Ulbricht, Pieck und Grotewohl an. Sie zeigt besonders deutlich die politische Ausrichtung des Aufstands gegen die Partei- und Staatsführung. © Sächsisches Staatsarchiv (SächsStA-D), 13782 Sammlung Bewegtbilder, Nr. 102

KONTROVERSE SPUREN DER ERINNERUNGEN

Die geradezu traumatische Angst der SED-Führung vor einer Wiederholung des Aufstandes lässt sich an einer Frage ablesen, die Stasi-Chef Erich Mielke am 31. August 1989, als sich in der DDR erneut unübersehbar Krisensymptome zeigten, vor Stasioffizieren äußerte: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“ Aus dieser Sorge heraus hatte es alle Jahre zum 17. Juni besondere Präventivmaßnahmen unter dem Codewort „Aktion Bollwerk“ gegeben. Dazu gehörten groteske und bis ins Lächerliche gehende Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen von Restaurants, Kleingarten- und Sportvereinen.

»Denn der Feiertag wurde dort begangen, wo er nicht stattgefunden hatte, und notgedrungen verschwiegen, wo jede Erinnerung daran verboten war.«

In der Bundesrepublik wurde bereits 1953 und in den Folgejahren ausführlich über Verlauf und Folgen des Aufstandes in hunderten von Reportagen, Fotoserien, Kommentaren, Zeitzeugenberichten und Gedenkreden informiert. Bekanntlich beschloss der Bundestag noch 1953, den 17. Juni als „Tag der deutschen Einheit“ zum Feiertag zu machen. Das erwies sich langfristig als Problem. Denn der Feiertag wurde dort begangen, wo er nicht stattgefunden hatte, und notgedrungen verschwiegen, wo jede Erinnerung daran verboten war.

In der westdeutschen Öffentlichkeit gab es anfänglich eine heftige nationale Welle der Erinnerung mit vielerlei Symbolstiftungen und auch allerhand merkwürdiger Politikfolklore. Am Grenzübergang bei Lübeck veranstaltete man etwa – unter Beisein von Altnazis – eine „Reichstreuekundgebung“ mit Fackeln und Musikkorps, noch bis Mitte der 1960er Jahre loderten diverse „Junifeuer“, und im Teutoburger Wald wurden in Anlehnung an die Tradition patriotischer Verbände des 19. Jahrhunderts Hermannsläufe ins Leben gerufen. Doch solche und auch die weniger spektakulären Formen der Erinnerung verebbten im Lauf der Jahre, je weiter das Ziel einer Wiedervereinigung in nebelhafte Ferne rückte. Der 17. Juni wurde nicht verdrängt und auch nicht vergessen, jedoch als lebendiger „Tag der deutschen Einheit“ zunehmend ausgehöhlt. *Der Spiegel* brachte das 1960 auf die bissige Formel „Einheit in Freizeit“ – die Fahrt

ins Grüne rangierte für viele Westdeutsche vor der Erinnerung. In den 1980er Jahren, als die „deutsche Frage“ wieder intensiver diskutiert wurde, versuchte die westdeutsche Politik, die nationale Erinnerung zu reaktivieren oder neue Formen zu finden, mit denen auf veränderte Rahmenbedingungen durch die sozialliberale Ost- und Deutschlandpolitik verwiesen wurde. Aber das Dilemma blieb.

Erst mit dem Ende der DDR und durch neue Forschungsimpulse schien sich das wieder zu ändern, bis zum Beschluss des Bundestages, den früheren „Tag der deutschen Einheit“ auf den 3. Oktober, das Datum der staatlichen Vereinigung, zu verlegen. Mit dem Zugang zu einer großen Menge neuer Quellen aus den Partei- und Stasi-Archiven erweiterte sich das Bild vom 17. Juni gründlich. Vor allem die „runden Jahrestage“ 2003 und 2013 riefen geradezu einen Overkill von Publikationen und Veranstaltungen hervor. In einer 2004 vom Stasi-Unterlagen-Archiv herausgegebenen über 800 Seiten starken Publikation wird unter dem Titel „Die verdrängte Revolution“ (Eisenfeld/Kowalczyk/Neubert 2004) die komplette Erinnerungsgeschichte in allen historiografischen Verästelungen dargestellt und etwas reichlich oberlehrerhaft für den Revolutionsbegriff als einzig richtige Interpretation argumentiert. 2013 gab es noch einmal einen neuen, wenn auch weniger starken Boom. Wie auch immer man diese Entwicklung beurteilt – sie hat eine wichtige Korrektur und einen Bedeutungswandel der Geschichte des Aufstandes gebracht. Er wird jetzt als Volksaufstand akzeptiert und in einem breiteren europäischen Horizont gesehen.

UND HEUTE?

Ob und wie es im „runden“ Gedenkjahr 2023 angesichts des verheerenden Krieges in der Ukraine neue Akzente im Erinnern geben kann und wird, ist offen. Wirklich sinnvolle Parallelen lassen sich zwischen der nationalen Abwehr eines brutalen Angriffskrieges und dem Juniaufstand in der DDR kaum ziehen. Dennoch stellt sich die Frage unvermindert: Was kann für uns heute die Geschichte des Aufstands vom 17. Juni 1953 bedeuten? Sie ist ohne Frage eine eindrucksvolle und berührende, aber auch bittere Geschichte des mutigen Engagements in einer Diktatur für Freiheit und ein besseres Leben. Die lange – hier knapp skizzierte –

Geschichte der Erinnerung daran ist jedoch eine verworrene und keineswegs immer glanzvolle Geschichte, weil sie eben auch ein sperriges Stück der komplizierten doppelten Nachkriegshistorie im geteilten Deutschland darstellt.

Es lohnt sich aber – und das ist beim Gedenken in den letzten Jahren zunehmend geschehen – den Blick über die DDR 1953 hinaus auf andere „realsozialistische“ Diktaturen zu richten. Diese Europäisierung des 17. Juni ist keine Marotte für Feierstunden, sondern sie kann zur vergleichenden Analyse von Krisenkonstellationen und Widerstandsbewegungen im nicht mehr existierenden Sowjetsystem beitragen. Ein nur flüchtiger Blick auf den ersten Aufstand am 1. Juni 1953 in Pilsen, auf die blutig niedergeschlagenen Unruhen in Posen im Juni 1956, auf die Anfänge der ungarischen Revolution im Herbst 1956, schließlich auf die häufig vergessenen Arbeiteraufstände im Dezember 1970 in Danzig und Stettin und natürlich auf die überraschende Entstehung der Solidarność im August 1980 zeigt bei aller Unterschiedlichkeit im Einzelnen ähnliche Ansätze und Verlaufsmuster.

Dass im Herbst 1989 eingelöst wurde, was im Sommer 1953 an sowjetischen Panzern scheiterte, ist eine beliebte Sentenz. In einem sehr allgemeinen Sinne ist dieses Urteil sicherlich richtig. Jedoch verursacht es bei vielen Historikerinnen und Historikern Bedenken, wenn es unreflektiert und nur auf Deutschland konzentriert behauptet wird. Denn unmittelbare Kontinuitätslinien gibt es wenige und kaum Protagonisten von 1989 benennen 1953 als Handlungsimpuls. Gleichwohl gehört das Revolutionsjahr 1989 in den Zusammenhang einer langen Krisen- und Widerstandsgeschichte im bald danach aufgelösten Sowjetimperium, an dessen Anfang der Aufstand 1953 stand. Mit diesem erweiterten Blick wird auch ein Stück europäischer Geschichte wiederhergestellt, das im Kalten Krieg, wenn nicht vergessen, so doch weitgehend verschüttet war.

LITERATUR



Eisenfeld, Bernd/Kowalczyk, Ilko-Sascha/Neubert, Ehrhart (Hrsg.): Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, Bremen 2004.



Kleißmann, Christoph: Der 17. Juni 1953 im Geschichtsbild Deutschlands gestern und heute, URL: <http://www.17juni53.de/home/gedenk/klessmann.html> [17.3.2023].



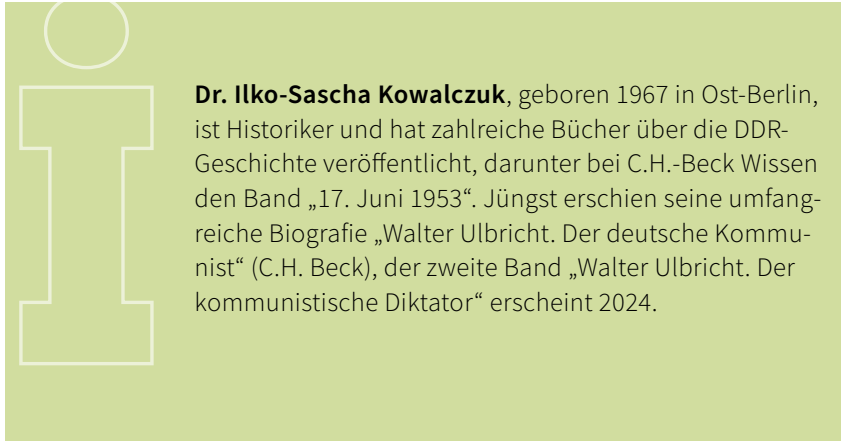
Kleißmann, Christoph: Arbeiter im ‚Arbeiterstaat‘ der DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld 1945 – 1971, Bonn 2007, insbesondere S. 311–375.

Autor:in



Prof. Christoph Kleißmann ist Historiker. Er lehrte als Professor für Zeitgeschichte an der Universität Bielefeld und hatte von 1992 bis 2004 einen Lehrstuhl für Zeitgeschichte mit besonderer Berücksichtigung der DDR-Geschichte an der Universität Potsdam inne.

„Narrative sind immer multiperspektivisch zu betrachten“: Im Gespräch mit Ilko-Sascha Kowalczuk



LaG: Lieber Ilko-Sascha Kowalczuk, Sie beschäftigen sich schon seit vielen Jahren intensiv mit der Geschichte der DDR. Wirft der 17. Juni 1953 trotzdem noch neue Fragen für Sie auf?

Ilko-Sascha Kowalczuk: Ich wäre ein schlechter Historiker, wenn ich behaupten würde, Geschichte könnte jemals eine erledigte Sache sein. Historiker*innen konstruieren Geschichte aus der Vergangenheit, sie suchen sich Ausschnitte, Abschnitte, Details und Kontexte heraus und sind sich bewusst, dass sie damit ähnlich einem Ritt auf der Rasierklinge agieren. Wenn ich das ernst nehme, dann ist der „17. Juni“ für mich immer noch ein sehr interessanter und mit neuen Erkenntnissen befrachteter Vorgang. Zum Beispiel: In wenigen Wochen erscheint der erste Band meiner Biografie über Walter Ulbricht. Und natürlich spielt in dieser Biografie der „17. Juni“ eine zentrale Rolle. Und ich habe gestaunt, dass, als ich nochmals ganz präzise die Perspektive der Herrschenden am und auf den „17. Juni“ rekonstruiert habe, in meiner Wahrnehmung sich doch noch einmal etwas verschoben hat. Da ich eher jemand bin, der sich Geschichte aus der Perspektive der Gesellschaft anschaut, war dieser Perspektivwechsel für mich interessant.

LaG: Was war das Besondere am 17. Juni als Protestereignis?

Kowalczyk: Bei der Frage danach, was an Protesten wirklich originär und was tradiert ist, kann man bezüglich des „17. Junis“ feststellen, dass gerade in den Industrieregionen die Tradition der Arbeitskämpfe, der Proteste aus dem sozialdemokratischen Arbeitermilieu, wachgerufen werden. Zudem wird man feststellen – ein allgemeiner Befund der Protestforschung –, dass für bestimmte Aktionen, wie etwa den Sturm auf Gefängnisse oder öffentliche Gebäude, eher jüngere, ungebundene, nicht so gut qualifizierte Arbeiter*innen bereit sind, weil es dafür eine gewisse Waghalsigkeit braucht. Während die betrieblichen Anführer eher gestandene Leute sind mit einer guten Qualifikation und einem guten Einkommen, die in den betrieblichen oder regionalen Milieus auch ein gewisses Ansehen genossen.

Als Ähnlichkeiten zu anderen Protesten wird man feststellen, dass es ein typisch männlicher Protest ist – zwar sehr viele Frauen sich daran beteiligten, aber die Männergesellschaft nimmt sie nicht wirklich ernst, sondern sieht sie eher als Füllmasse an und so werden sie selten zu Protagonistinnen. Zudem erfolgten die Proteste fast parallel, was zeigt, wie es auch in den ländlichen Regionen rumorte, und wodurch es zum Zusammenschluss zwischen dörflichen und städtischen Protesten in diesen Juni-Ereignissen kam. Das ist schon sehr ungewöhnlich und verweist auf die Ursachen, auf die allgemeine Notlage.

LaG: Sie sprachen von Juni-Ereignissen. Es kursieren mehrere Bezeichnungen für das, was rund um den 17. Juni geschah. Welche ist für Sie die zutreffendste?

Kowalczyk: Das, was wirklich besonders ist am „17. Juni“ bzw. an den Juni-Ereignissen – weil der „17. Juni“ schon vor dem eigentlichen 17. Juni beginnt und erst nach dem 17. Juni endet –, ist das schichten- und klassenübergreifende Agieren. Es ist eben *nicht* der Arbeiteraufstand und es ist *nicht* der Aufstand einer bestimmten politischen Gruppe, sondern es ist der Aufstand eines großen Teils der Gesellschaft. Und gerade, weil es ineinandergreift und alle gesellschaftlichen Schichten umfasst, ist

»Es ist eben nicht der Arbeiteraufstand und es ist nicht der Aufstand einer bestimmten politischen Gruppe, sondern es ist der Aufstand eines großen Teils der Gesellschaft.«

meines Erachtens die Rede vom Volksaufstand historisch zutreffend.

LaG: Was waren die Voraussetzungen dafür, dass es flächendeckend – auch im ländlichen Raum – nahezu zeitgleich zu diesen erheblichen Protesten kam?

Kowalczuk: Erstens war der Druck auf der Gesellschaft in Kap Arkona ähnlich wie am Fichtelberg. Interessant ist – und das verweist auch auf das Ursachenbündel, das zu diesem Aufstand führte –, dass die Forderungen der Protestierenden fast überall identisch waren. Natürlich gibt es in einzelnen Betrieben spezielle Forderungen, die von den örtlichen Gegebenheiten abhängen, aber im Großen und Ganzen waren die politischen und sozialen Forderungen überall gleich. Das heißt, die Grunderfahrungen der Menschen waren ganz ähnlich. Das hängt mit dem zentralistischen, letztlich totalitären Anspruch der Machthabenden zusammen, ihr System flächendeckend ähnlich auszurichten. Das hat natürlich nicht funktioniert. Aber die Ansprüche waren da und deshalb entstanden die Forderungen im Frühjahr 1953 auch nicht aus dem Nichts, sondern aus den konkreten Situationen des Alltags heraus.

Der zweite Punkt, der zu diesen eruptiven Ereignissen führte, war das außergewöhnliche Fehlereingeständnis. Die Machthabenden haben mit der Verkündung des von Moskau diktierten „Neuen Kurses“ öffentlich zugegeben: „Jawoll, wir haben Fehler gemacht“. In demokratischen Gesellschaften reichen Fehlereingeständnisse der Demokratie normalerweise zum Vorteil. In dem Moment, in dem in einem zentralistischen Regime mit totalitären Ansprüchen, in dem die Machthabenden die Wahrheit glauben, für sich gepachtet zu haben, Fehler, so massive Irrtümer eingestanden werden, setzt augenblicklich ein Legitimitätsverfall der Herrschaft ein.

Und das dritte – und das ist für die Mobilisierung ganz entscheidend, wird aber oft nicht gesehen: In einer Gesellschaft, die eben nicht so medial vernetzt ist wie heute, wirkt es unglaublich mobilisierend, wenn die Herrschenden signalisieren, dass das, was ich bislang nur für meine persönlichen Grunderfahrungen hielt, allen passiert. Auf einmal stehe ich mit meiner Erfahrung nicht mehr gefühlt allein da, sondern sehe mich als Teil einer Gemeinschaft

und das ermuntert mich, mit meinen Nachbarn, mit meinen Bekannten, mit meinen Kollegen etwas zu unternehmen, um meine Lebenssituation zu verbessern.

Und es kommt ein vierter Punkt dazu, der oft auch übersehen wird: Die Nachrichten über die Ereignisse in den Zentren werden ins Land getragen durch Pendler, die in Großbetrieben arbeiten, aber auf den Dörfern leben. Und es gibt übrigens noch eine kleine Gruppe, die das völlig unbeabsichtigt verbreitet: Das sind die ins Land entsendeten, völlig ratlosen, entgeisterten, hilflosen Funktionäre, die gar nicht wissen, was sie sagen sollen. Aber ihre pure Anwesenheit versetzt die Leute in Erstaunen und lässt fragen: „Was machen die eigentlich hier?“, da muss – ich sage das jetzt mal schön Berlinerisch – die Kacke ganz schön am Dampfen sein, wenn die auf einmal hier auftauchen. Hier sieht man, dass ganz viele Prozesse ineinandergreifen.

LaG: Wir stellen uns oft die Frage nach dem Verhältnis von Protest und der so genannten „schweigenden Mehrheit“. Repräsentieren die politischen Forderungen der Demonstrant*innen die Interessen der Mehrheit der DDR-Bürger*innen 1953?

Kowalczyk: Wenn wir über Revolution reden – ich spreche von einer gescheiterten Revolution für 1953 –, reden wir immer von dem Phänomen, dass eine Minderheit gegen eine Minderheit aufsteht. Und die Masse steht dazwischen und wartet ab. Das war immer so. In Bezug auf 1989 glauben viele, alle wären dabei gewesen. Aber 1989 waren im Osten bis Anfang November 1989 weitaus weniger Menschen dabei als beim „17. Juni“. Es wird übersehen, dass sich historisch immer nur Minderheiten engagieren. Und insofern ist diese Minderheit vom „17. Juni“ erstaunlich groß mit etwa einer Million beteiligter Menschen und agiert relativ flächendeckend in über 700 Städten und Gemeinden. Wenn man berücksichtigt, dass die Forderungen der Protestierenden aus ihrem gesellschaftlichen Erleben entspringen, sind sie insofern über das eigentliche Protestmilieu hinaus repräsentativ. Warum? Bei vielen Forderungen, etwa denen nach freien Wahlen oder der Frage der Einheit Deutschlands, konnten sich die Protestierenden schon deshalb mit der Mehrheit der Gesellschaft treffen, weil diese Forderungen von *»Es wird übersehen, dass sich historisch immer nur Minderheiten engagieren.«*

len erhoben wurden. Auch von den Kommunisten selbst, auch von der SED. Natürlich gab es Differenzen, wer was mit diesen Begriffen verbunden hat. Aber gleichwohl war die Forderung nach Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland allen Menschen damals tief verinnerlicht. Bei den sozialen Forderungen ist es ganz genauso. Es ist erst acht Jahre nach Kriegsende, die Lebensbedingungen sind noch miserabel. Im Westen beginnt so langsam die erste große Erholungsphase. Im Osten ist dagegen seit 1952 das zaghaft erreichte Nachkriegsniveau massiv eingebrochen und das betraf Millionen von Menschen, die von der Verschlechterung der Lebensverhältnisse betroffen waren, Hunderttausende zudem von politisch motivierten Repressalien. Die hohen Fluchtzahlen zeugen davon. Beim Geld, beim Dach über dem Kopf, beim täglichen Brot, hört der Spaß auf. Auch aufgrund dieser Verflechtung von politischen und sozialen Motiven wurde das so ein breiter Aufstand.

LaG: Gab es nach dem 17. Juni Lernprozesse bei den staatlichen Akteuren der DDR?

Kowalczuk: Ich würde drei Folgen hervorheben. Die erste war: Der Gesellschaft ist durch den Einsatz von sowjetischen Militäreinheiten massiv demonstriert worden, dass die Kommunisten so lange an der Macht bleiben werden, solange die Besatzungsmacht den Herrschenden die Macht garantiert. Das hatte einschneidende, vor allem mentale Folgen. Das ist eine Erfahrung, die zur gleichen Zeit Protestierende in der Tschechoslowakei und später in Ungarn und Polen ebenfalls sammelten, jedoch noch viel massiver, weil der Militäreinsatz viel brutaler als in der DDR erfolgte, wo die Sowjets eher zurückhaltend agierten.

Die zweite Folge: Den Machthabenden ist mit großer Wucht vor Augen geführt worden, dass sie gegen die Mehrheit der Gesellschaft anregieren. Die Herrschenden haben mitbekommen, dass sie sich nur auf einen kleinen Teil ihrer eigenen Leute verlassen können. Das führte dazu, dass die Partei und ihre staatlichen Institutionen im Laufe der nächsten Jahre ein flächendeckendes Infiltrations-, Überwachungs-, Repressionssystem aufbauten, deren bekanntes, aber nicht wichtigstes Instrument das Ministerium für Staatssicherheit war. Ich nenne diesen Prozess den Prozess der inneren Staatsgründung, der 1952 einsetzte und mit dem

Mauerbau 1961 endete. Ich interpretiere den Mauerbau als das eigentliche Lernergebnis vom „17. Juni“. Der Mauerbau war eine Präventivmaßnahme, die ohne die Erfahrung des „17. Juni“ nicht erklärbar und auch nicht denkbar ist: In der Krisensituation 1960/61, vieles ähnelte 1952/53, ist die gesamte Gesellschaft buchstäblich in Haft genommen worden und es wurde das größte Freiluftgefängnis der Welt errichtet. Das alles funktionierte aber nicht nur mit Repression, sondern ich möchte auf einen Lerneffekt hinweisen: Die Herrschenden initiierten nach dem „17. Juni“ einen sozialpolitischen Umschwung. Der Arbeiter- und Bauern-Staat hatte bis dahin die Intelligenz privilegiert, weil er diese soziale Gruppe für den Aufbau besonders benötigte und die Kommunisten dort kaum verwurzelt waren. Die Herrschenden wussten, dass sie eine neue Gesellschaft – zumindest in der Übergangsphase – nicht ohne die alten bürgerlichen Eliten aufbauen könnten, denen etwas geboten werden muss: ein sozialer Wohlfühlraum sondergleichen, unfassbare Privilegiensysteme. Doch davon sind sie nach dem „17. Juni“ insofern abgegangen, als nun die Sozialpolitik stärker auf die Arbeiter ausgerichtet worden ist. Das verstärkt sich nach dem Mauerbau noch. Der soziale Nivellierungsprozess wird die DDR bis 1989 prägen und wird zu einem Sargnagel des Systems. Die Gleichmacherei trug entscheidend zur Verödung bei, die wenigen Anreize waren für die meisten zu schnell ausgereizt.

»Den Machthabenden ist mit großer Wucht vor Augen geführt worden, dass sie gegen die Mehrheit der Gesellschaft anregieren.«

LaG: Was sind dominante Narrative, die mit dem 17. Juni verknüpft sind und wie haben sie sich im Laufe der Zeit verändert?

Kowalczuk: Narrative sind immer multiperspektivisch zu betrachten: Moskau und Ost-Berlin haben schnell entschieden, dass es sich um einen konterrevolutionären, faschistischen Putsch handelt. Das sagt heute kaum noch jemand. Gleichwohl – und das wird eine interessante Debatte, die wir noch nicht geführt haben und an der ich mich gerne beteiligen würde, – muss man schon fragen dürfen, wo die ganzen Faschisten acht Jahre nach Kriegsende geblieben sind? Die sind ja weder alle Kommunisten noch Demokraten geworden. Wir kennen die Umfragen aus der Bundesrepublik, die erschreckend sind aus dieser Zeit, die man auf die DDR übertragen kann: Fast die Hälfte fand

in den fünfziger Jahren den Nationalsozialismus schon ok, nur die Sache mit dem Krieg war etwas übertrieben...: Hitler war mitnichten ein Westdeutscher, obwohl die ostdeutschen Kommunisten das gerne so gehabt hätten.

In der Bundesrepublik ist der „17. Juni“ geschichtspolitisch sofort instrumentalisiert worden mit unterschiedlichen Motivlagen. Der Tag wurde zum Staatsfeiertag und als Aufstand für die deutsche Einheit instrumentalisiert. Seit 1963 ist er zudem Gedenktag. Doch dieses Narrativ vom Aufstand für die Deutsche Einheit schlifft sich im Laufe der Jahrzehnte ab. In den 1970er und 1980er Jahren war der „17. Juni“ in der Bundesrepublik in der öffentlichen Wahrnehmung nur noch eine sozialpolitische Errungenschaft, nämlich ein Tag frei. Der Tag war inhaltsleer geworden. Erst seit Anfang der 1990er Jahre ist der Tag wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt worden.

Ein weiteres Narrativ, worum in der Öffentlichkeit und Wissenschaft gestritten wurde, ist die Frage: Was war es nun für ein Aufstand? Arbeiteraufstand? Volksaufstand? Gescheiterte Revolution? Konterrevolution? Ich glaube aus den genannten Gründen, es war ein Volksaufstand. Zudem plädiere ich für den Begriff gescheiterte Revolution, verstehe aber auch, wenn jemand das überzogen findet. Das hat damit zu tun, dass in Deutschland der Revolutionsbegriff so romantisiert wird, während ich mit einem nüchternen Revolutionsbegriff arbeite. Die Ziele des „17. Juni“ bestanden darin, das Herrschaftssystem zu überwinden. So etwas nennen Historiker*innen Revolution. Und zwar entkleidet von der Vorstellung, dass eine Revolution immer etwas ist, was erreichen will, was es bisher noch nicht gab. Die meisten Revolutionen – einschließlich der von 1989 – waren Revolutionen, die etwas herstellen wollten, was es woanders schon gab.

Und ein weiteres Narrativ, über das immer noch heftig gestritten wird, nicht in der Wissenschaft, aber geschichtspolitisch: Welchen Einfluss hatten westliche Kräfte und der RIAS? Der Klassiker. Wenn man sich die Berichterstattung anschaut, dann wird man feststellen, wie peinlich bemüht der RIAS war, sich rauszuhalten, eher zu entschärfen. Es gab später sogar Untersuchungen in den USA darüber, ob der RIAS – im Kontext mit Stalins Tod am 5. März 1953 – prokommunistisch agiert hätte. Der RIAS spielte in der Propa-

ganda der Kommunisten eine große Rolle, aber bei nüchterner Betrachtung war er ein Informationsmedium, das seinen Aufgaben nachkam, nicht mehr, nicht weniger. Und so ähnlich sieht es aus mit der Frage, welche Rolle westliche Geheimdienste spielten. Es sind viele Dokumente freigegeben worden, vom amerikanischen und vom englischen Geheimdienst und auch vom Gehlen-Dienst (BND) und vom Verfassungsschutz. Die tappten genauso im Dunkeln herum wie alle anderen. Die sind davon überrascht worden und hatten gar nicht die Chance, so schnell Einfluss zu nehmen. Ich will nicht ausschließen, dass sie es, wenn es länger gedauert hätte, nicht versucht hätten. Selbst Adenauer hat noch am Morgen des 17. Juni geglaubt, dass es eine Inszenierung der Kommunisten sei, um Ulbrichts Macht zu retten. Das hat er nicht nur laut gesagt, sondern das hat er auch geglaubt. Und das ist ein gutes Indiz dafür, dass sie mit einer großen Stange im Nebel stocherten.

LaG: Welche (Forschungs)Perspektive ist in Bezug auf den 17. Juni noch unterbelichtet?

Kowalczuk: Der „17. Juni“ zeigt meines Erachtens, dass die deutsche Nachkriegsgeschichte bis zum heutigen Tage eben nicht nur eine Geschichte der Bundesrepublik mit ein paar Einsprengseln aus dem Osten ist, sondern dass wir die oft apostrophierte, bisher nicht eingelöste Perspektive einer gesamtdeutschen Geschichte einnehmen sollten. Damit wir noch stärker begreifen, wie sehr Vieles ineinandergriff. Und dafür ist der „17. Juni“ ein gutes Beispiel, weil die Gesellschaften noch längst nicht so geteilt waren, wie wir das später wahrgenommen haben oder vielleicht heute glauben.

LaG: Unser Magazin heißt „Lernen aus der Geschichte“. Können wir aus dem 17. Juni 1953 etwas für die Gegenwart lernen?

Kowalczuk: Die Antwort darauf hängt mit einem weiteren Narrativ zusammen, nämlich der Frage, warum wir uns heute noch mit dem „17. Juni“ beschäftigen. Ich glaube nicht, dass man aus der Vergangenheit und Geschichte lernen kann. Aber es gibt gute Gründe, sich mit ihr zu beschäftigen, wenn man politisch und historisch interessiert ist. Wir sollten uns bewusst machen, dass

»Er steht für mich auch als Aufstand – ich gebe gerne zu, das ist eine geschichtspolitische Interpretation – für ein demokratisches, geeintes Europa.«

unsere Demokratie und unsere Freiheit nicht gottgegeben sind, sondern dass sie errungen wurden. Und dass sie auch verteidigt werden müssen. Wenn wir uns heute den Zustand unserer Gesellschaft anschauen, dann muss man darüber reden, wie damals Menschen unter Einsatz ihres Lebens für Freiheit, für Demokratie, für Rechtsstaatlichkeit auf die Straße gingen, ohne zu wissen, wie es ausgeht.

Heute sehen wir, wie die Russische Föderation versucht, Freiheit mit allen Mitteln auszumerzen. Es geht nicht nur um die Integrierung eines fremden Territoriums. Es geht auch darum, Werte auszumerzen und der oberste Wert, den der Kreml vernichten will, ist die Freiheit. Dann sollte uns der „17. Juni“ – in einer Reihe mit anderen Aufständen – als Aufstand gegen Willkürherrschaft mahnen, wie wichtig es ist, Freiheit auch verteidigen zu wollen. Wenn wir Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schulen wollen, als Wert und als Lebensanschauung, dann ist der „17. Juni“, neben der Revolution von 1989, geradezu ein klassisches Beispiel dafür. Beispiele, die es in einer Demokratie so nicht geben kann. In der Bundesrepublik gab es viele andere Verwerfungen, aber solche fundamental *demokratischen* Proteste kann es gegen eine funktionierende Demokratie nicht geben. Und insofern steht für mich der „17. Juni“ nicht nur als Aufstand für einen demokratischen Verfassungsstaat, sondern er steht für mich auch als Aufstand – ich gebe gerne zu, das ist eine geschichtspolitische Interpretation – für ein demokratisches, geeintes Europa.

Gleichzeitig beobachte ich heute etwas, das mir große Sorge macht. Dazu schicke ich voraus: Ich bin seit Jahrzehnten ein scharfer Kritiker der Putin-Diktatur, ich habe ukrainische Wurzeln. Ungeachtet dessen kann ich aber sehr genau unterscheiden zwischen meiner scharfen Kritik und meinen vernichtenden Urteilen zu Diktaturen, auch zur russischen, und meiner Wahrnehmung von Gesellschaften und von einzelnen Menschen. Jetzt beobachte ich – auch im Kontext des „17. Juni“ –, dass der in Deutschland tief verwurzelte Antislawismus neue Urstände feiert. Gerade in Deutschland ist das für mich schwer auszuhalten, dass das hier teilweise so undifferenziert hochköchelt. Oft wird gesagt: „Ja, also der 17. Juni, da haben ja die Russen schon gezeigt, was sie für“ – da werden dann nazistische Begriffe benutzt – „Menschen sind“. Aber es ist ein Unterschied, ob die Russen 1953 – sehr zaghaft, sehr zurückhaltend – ihr

Hoheitsterritorium militärisch verteidigen; ob mir das nun passt oder nicht. Es ist ein großer Unterschied, weil die Russen damals nicht freiwillig in Ostdeutschland standen. Sie sind von Deutschland förmlich gerufen worden. Die Nachkriegsordnung von Jalta und Potsdam war das Ergebnis dessen.

Das sollte man nie vergessen und es führt zu einer anderen Debatte, die auch im Zusammenhang mit dem „17. Juni“ geführt wird und die wir in den nächsten Jahren massiv führen werden. Es wird immer voller Stolz berichtet, dass im Baltikum sowjetische Ehrendenkmäler abgerissen werden. Ich halte das für vollkommen richtig, weil sie dort Zeugnisse imperialistischer Besatzungswillkürherrschaft sind. Und nun fordern viele, dass sie auch in Ostdeutschland geschliffen werden müssen. Doch hier stehen die Denkmäler aus einem anderen Grund. Und diesen Grund, nämlich den Nationalsozialismus, sollten wir nicht nivellieren oder vergessen. Aber er wird laufend vergessen. Und das gipfelt darin, dass viele mittlerweile sagen, diese Denkmäler müssen weg. Es kommt ein weiterer Aspekt hinzu, weshalb ich gegen ihre Beseitigung bin: Sie sind auch ein Stachel in unserem Fleisch, den wir uns selbst zugefügt haben. Bei jedem dieser Denkmäler sind sowjetische Soldaten beerdigt. Und die sind nicht freiwillig hierhergekommen. Wir sollten nicht die Folgen der nationalsozialistischen Terrorherrschaft über Europa in Ostdeutschland tilgen wollen, indem wir sowjetische Ehrendenkmäler beseitigen. Hier verbinden sich Geschichte und Gegenwart und hier sehe ich auch Gefahren: Ganz klar gegen Putin, ganz klar gegen die russische Diktatur, kompromisslos der Ukraine mit allen Mitteln helfen. Aber auch: Nicht die russische Gesellschaft verteufeln, nicht die einzelnen russischen Menschen, auch wenn sie keinen Widerstand leisten, auch wenn sie nicht protestieren. Das Leben unter einer Diktatur sucht sich niemand aus. Wir sollten nicht übergriffig werden und jetzt Dinge miteinander vermischen. Das sage ich nicht nur, weil ich mich mit Diktaturen seit Jahrzehnten befasse, sondern weil ich selbst in einer Diktatur leben musste.

LaG: Herzlichen Dank für das Gespräch!

„17. Juni kompakt“ Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

von Clara Marz

Der 17. Juni war für mich lange Zeit nur ein Frühsommertag. Ich wurde in den 1990er Jahren in Rostock geboren. Die DDR war damals schon Geschichte, die friedliche Revolution hatte bereits stattgefunden. Besagtes Datum be-
saß für mich während meiner Jugend und selbst während

meiner Schulzeit keine historische Bedeutung. Wenn ich heute an den 17. Juni denke, denke ich an das Jahr 1953, an die DDR und an einen Aufstand, der nahezu die gesamte Bevölkerung eines Landes erfasste.



In über 700 Städten und Gemeinden der DDR gehen die Menschen am 17. Juni auf die Straße.
© Bundesstiftung Aufarbeitung, Clara Marz

Mit meinem langjährigen Unwissen um das historische Datum bin ich nicht allein. Erzähle ich heute vom 17. Juni 1953, schlägt mir in meiner Ge-

neration oft Erstaunen entgegen. „Normerhöhung“, „Neuer Kurs“, „Arbeiteraufstand“... klingelt da etwas? Häufig lautet die Antwort: Nein.

Im Jahr 2023 liegt der Volksaufstand in der DDR siebzig Jahre zurück. Die Zahl der Menschen, für die die DDR nur noch in Erzählungen existiert, wird größer. Die Zahl der Zeitzeug*innen, die den Aufstand 1953 miterlebt haben, wird kleiner. Umso dringlicher ist es, ihre Geschichten zu hören, weiterzugeben und die Erinnerungen zu bewahren.

DER 17. JUNI 1953

Am 17. Juni 1953 gehen im Osten Deutschlands die Menschen auf die Straße. In den großen Industriezentren Mitteldeutschlands ruht die Arbeit. In Halle werden politische Gefangene befreit. Was als Protest der Bauarbeiter begonnen hatte, wird zum Volksaufstand.

Mehr als eine Million Bürger*innen fordern: „Wir wollen freie Menschen sein!“. Ihre Wut richtet sich gegen die kommunistische Partei SED,

die angeblich in ihrem Namen regiert. Und der sonst so allgegenwärtige Staat schaut den Demonstrationen an diesem Tag zunächst tatenlos zu. Erst in den frühen Mittagsstunden greift die sowjetische Besatzungsmacht ein: Überall in der DDR rücken sowjetische Panzer in die Innenstädte vor. Der Ausnahmezustand wird ausgerufen.



16 Divisionen werden am 17. Juni gegen die Aufständischen mobilisiert. Der Ausnahmezustand wird verhängt, es gilt das Kriegsrecht.

© Bundesstiftung Aufarbeitung, Clara Marz

Vielerorts fallen Schüsse; der Aufstand fordert 54 Menschenleben. Tausende werden in den folgenden Tagen und Wochen verhaftet. Der Schock sitzt tief – bei den Herrschenden und den Beherrschten.

Der 17. Juni 1953 war der erste in einer ganzen Reihe von Aufständen gegen die kommunistischen Diktaturen in Osteuropa. „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“, fragt Stasi-Chef Erich Mielke Ende August 1989, als die Menschen in Ostdeutschland erneut auf die Straße gehen. Doch diesmal bleiben die sowjetischen Panzer in den Kasernen und der Fall der Mauer wird schließlich zum Dominostein, der das gesamte Herrschaftsgebäude des Ostblocks zum Einsturz bringt.

DIE AUSSTELLUNG

Grundsätzlich behandeln die Ausstellungen der Bundesstiftung Aufarbeitung zeithistorische Themen, Ereignisse

sowie Entwicklungen in Plakatform und mit dem Anliegen, eine fundierte Grundlage für die Auseinandersetzung mit Zeitgeschichte zu bieten. Kern unseres Konzepts ist es, unsere reich bebilderten Plakatsätze mit möglichst geringem Aufwand in Einrichtungen der Kultur- und Bildungsarbeit und an öffentliche Orte zu bringen.

Mit „17. Juni kompakt“ erproben wir ein neues Ausstellungsformat: Auf sechs Ausstellungstafeln wird der Volksaufstand in der DDR kompakt und leicht verständlich erklärt. Damit rücken wir vom üblichen Ausstellungskonzept im Umfang von zwanzig Plakaten ab, sowohl, um die inhaltliche Rezeption zu erleichtern, als auch, um den Aufwand für die ausstellenden Institutionen niederschwellig zu gestalten. Die Ausstellung richtet sich an alle, denen die Demokratiegeschichte und die Vermittlung demokratischer Werte am Herzen liegt – egal, ob im Rathaus, im Museum, in der Stadtbibliothek, in der Schule oder Volkshochschule, in einem Verband, einer Kirchengemeinde oder einem Amt. Mit den sechs Plakaten kann leicht und unkompliziert ein Stück Geschichte an weiße, leere Wände gebracht werden. Illustrationen, zeithistorische Fotos und leicht verständliche Texte sowie audiovisuelles Begleitmaterial zeichnen die Ereignisse rund um den 17. Juni nach. Ergänzt wird die Schau durch umfangreiches didaktisches Material, das von der Bildungsagentur Eduversum erstellt wurde. Die Ausstellungstafeln sind, nebst Titelbild, in fünf Kapitel gegliedert, die sowohl die Tage und Monate vor dem Aufstand in den Blick nehmen, als auch seine kurz- und langfristigen Folgen beleuchten:

»Die Ausstellung richtet sich an alle, denen die Demokratiegeschichte und die Vermittlung demokratischer Werte am Herzen liegt.«

1. Der Aufstand – Wir wollen freie Menschen sein!
2. Die Vorgeschichte – Alle Räder stehen still
3. Die Niederschlagung – Zuckerbrot und Peitsche
4. Der Widerstand – Rebellionen im Ostblock
5. Das gute Ende – Bricht morgen der 17. Juni aus?

DAS KONZEPT

Im siebzigsten Jahr nach dem Volksaufstand widmet sich die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Besonderen den Protesten, dem Aufbegehren sowie den

Aufständen gegen autoritäre Herrschaft und Diktaturen. Als Illustratorin und Entwicklerin der Ausstellung „17. Juni kompakt“ habe ich mich dem Thema mit dem Blick einer nach 1990 Geborenen genähert. Bei der Konzeption der Ausstellung war mir wichtig, gerade jener mir bekannten Ratlosigkeit zu begegnen, die sich oft einstellt, wenn vom 17. Juni 1953 die Rede ist – und nicht mit erhobenem Zeigefinger ein ausgeprägteres Geschichtsbewusstsein anzumahnen. Deshalb setzt die Ausstellung kein Wissen über den Aufstand voraus. Sie nimmt die Besucher*innen an die Hand und leitet sie entlang der Ereignisse durch die Geschichte. Der Tag des Volksaufstandes führt uns die Macht und Ohnmacht der

»Bei der Konzeption der Ausstellung war mir wichtig, gerade jener mir bekannten Ratlosigkeit zu begegnen, die sich oft einstellt, wenn vom 17. Juni 1953 die Rede ist«

Menschen vor Augen und erinnert uns zugleich an die Bedeutung demokratischer Werte. Dieses Bewusstsein wollen wir als Stiftung mit der Ausstellung vor allem auch für junge Menschen zugänglich machen. Dazu haben wir die Ereignisse rund um den Volksaufstand aufgearbeitet, verdichtet und mit viel Liebe zum Detail in zahlreichen handgezeichneten Illustrationen dargestellt. Ausgewählte Textbausteine in einfacher Sprache, Fotoaufnahmen und Videos, die über QR-Codes verlinkt sind, kom-

pletieren unsere Ausstellung. „17. Juni kompakt“ stellt Geschichte nicht nur schwarz auf weiß in Buchstaben dar. Wir sind der Meinung: Geschichte darf bunt sein, ins Auge springen und mit Bildern im Kopf bleiben.

So wollen wir zur Auseinandersetzung mit einem Datum einladen, das als Symbol für die deutsche Einheit durch das offizielle Datum der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 (als neuem Feiertag) abgelöst wurde – eine Entscheidung, die bis heute umstritten ist. Doch wer aufmerksam durch deutsche Städte geht, stellt fest, dass der 17. Juni



Über den QR-Code sind alle relevanten Informationen zur Ausstellung verfügbar.

nicht vergessen ist. Straßen und Plätze tragen das Datum in ihren Namen. Der Volksaufstand ist in den Lehrplänen der Schulen verankert. Der bevorstehende Jahrestag bietet die Chance, das Bewusstsein für die Ereignisse des 17. Juni zu schärfen und das Datum als Teil der deutschen Freiheits- und Demokratiegeschichte stärker in der gesamtdeutschen Erinnerungskultur zu verankern.

Autor:in



Clara Marz, Jahrgang 1995, ist studierte Medien- und Kulturwissenschaftlerin und seit 2022 Projektmitarbeiterin im Bereich Jahresausstellungen und Kommunismusgeschichte der Bundesstiftung Aufarbeitung.

Wo finde ich was? Wegweiser durch ausgewählte Web-Angebote zum 17. Juni 1953

von **Sabrina Pfefferle**

Es existiert eine Vielzahl an Publikationen und Websites, die sich mit dem 17. Juni 1953 beschäftigen und anlässlich von Jahrestagen regelmäßig erweitert werden. Ein Mangel an Informationen ist in diesem Kontext also nicht das Problem, eher ihre Flut. Diese kurze Übersicht über ausgewählte zentrale Online-Themendossiers zu den Ereignissen, die unter dem Schlagwort 17. Juni diskutiert werden, soll es erleichtern, sich rascher im Thema zu orientieren und den Bestand entsprechend der eigenen Fragestellungen und Rechercheziele zu filtern.

FÜR EINEN GUTEN ÜBERBLICK

Um einen Überblick über die Ereignisse rund um den 17. Juni 1953 zu erhalten, ist eine Website des Bundesarchivs zu empfehlen: „Volksaufstand des 17. Juni 1953“. Diese gliedert sich in fünf Schwerpunkte, die jeweils zentrale Aspekte der Ereignisse bündig beantworten. Der erste Schwerpunkt geht in kompakter Weise auf die (1) Ursachen des Aufstandes ein. Im Weiteren werden die (2) Ereignisse in den vierzehn Bezirken der DDR detailliert aufbereitet: Hervorzuheben ist hier die mit Bildern, „Informationsberichten“, Quellen von Gerichtsverhandlungen und Tonaufnahmen illustrierte, sehr umfangreiche lokale Perspektive auf die Ereignisse. Wer nach einem Eindruck sucht, was sich zwischen dem 16. und 21. Juni in einem bestimmten Bezirk oder in einer Stadt ereignete, wird hier fündig. Mit eher knappen, aber grundlegenden Analysen der weiteren Schwerpunktthemen, der (3) Rolle der Staatssicherheit, der (4) Sicht der westlichen Geheimdienste und den (5) Folgen des Aufstandes, eignet

»Wer nach einem Eindruck sucht, was sich zwischen dem 16. und 21. Juni in einem bestimmten Bezirk oder in einer Stadt ereignete, wird hier fündig.«

sich die Website hervorragend als Einstieg ins Thema. Besonders hervorzuheben ist die Zugänglichkeit der Informationen durch den nutzerfreundlichen Aufbau und die Art der Quellenintegration: Die jeweiligen Materialien – Bilder, Dokumente oder Tonaufnahmen – werden als Originale in die erklärenden Texte eingebettet, zu unklaren Begriffen und relevanten Personen gibt es weiterführende Links. Ergänzt wird diese einführende Website um zwei weitere Zugänge: Mit [Arbeitsbögen und Dokumenten](#) zum 17. Juni und einer großen [Sammlung an Quellen](#) stellt das Bundesarchiv eine Vielzahl an Bildungsmaterialien für Lehrkräfte, Studierende und Schüler*innen digital bereit.

FÜR EINEN DETAILLIERTEN NACHVOLLZUG DER EREIGNISGESCHICHTE

Wer sich den Ereignissen chronologisch annähern möchte und detaillierte Informationen zur Entstehung, zum Fortgang und zu den Folgen des 17. Juni sucht, dem sei die Themenwebsite [„17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR“](#) ans Herz gelegt. Diese, zum 50. Jahrestag des Aufstandes vom 17. Juni von der [Bundeszentrale für politische Bildung](#), dem [Deutschlandradio](#) und dem [Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam](#) geschaffene und zum 60. Jahrestag aktualisierte Website bietet für den Zeitraum von April 1952 bis Ende 1953 Monats- und Tageschroniken. Die Texte stehen – je nach Bedarf – als Kurz- oder Langversion auch zum Download zur Verfügung und sind um Hör-, Bild- und Filmbeiträge ergänzt. Zudem bietet die Website eine Auflistung aller im Kontext des 17. Juni getöteten Personen mit Kurzbiografien und Quellenmaterial. Besonders hervorzuheben ist die große Menge an Material, das sehr übersichtlich strukturiert zugänglich gemacht wurde: So gibt es unter anderem ein Verzeichnis relevanter Archive, eine Übersicht über Zeitzeugenberichte, Listen mit Filmen und relevanten Links zum Thema, sowie ein Prosaliteratur-Liste. Wer sich also mit konkreten Ereignissen beschäftigen und diese genauer anhand von Quellen und Berichten nachvollziehen möchte, findet hier ein umfangreiches Angebot. Anzumerken ist allerdings, dass die Website nicht mehr aktualisiert wird, sodass aktuelle Veranstaltungen oder Publikationen nicht verzeichnet sind.

FÜR EINE GENAUE EINORDNUNG DER EREIGNISSE

Wer sich für die historische Einordnung und die geschichtspolitischen Dimensionen der Ereignisse interessiert, sollte das Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung „Der Aufstand des 17. Juni 1953“ erkunden. Es ermöglicht einen hervorragenden vertiefenden Einblick in die Deutungen und gesellschaftspolitischen Instrumentalisierungen der Ereignisse unter Einbeziehung einer Vielzahl von Quellen. Die Beiträge beziehen sich auf fünf Schwerpunkte: (1) der Weg in die Krise, (2) der Aufstand selbst, (3) seine Folgen, (4) die Reaktionen des Westens und (5) das Gedenken und Erinnern. Die einführenden Artikel enthalten eine Vielzahl an Verweisen auf weiteres Quellen- und Forschungsmaterial. Da dieses Themendossier auf der oben vorgestellten Themenwebsite „17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR“ aufbaut, enthält es viele Artikel aus der dortigen Chronik, jedoch erweitert und in neuem Bezugsrahmen. Wer sich also themenbezogen dem 17. Juni und seinen Deutungen annähern möchte, wird hier fündig. Die übersichtliche und quellengesättigte Website lädt zum Vertiefen ein!

FÜR AKTUELLE BEZÜGE UND DIE PÄDAGOGISCHE ARBEIT

Die bislang genannten Websites legen ihren Fokus auf das historische Ereignis selbst, nicht auf gegenwärtige Projekte oder aktuelle Bildungsmaterialien zum 17. Juni und zu seiner Einordnung. Wer nach aktuellen Bezügen, Materialien und Veranstaltungen sucht, sollte das Themendossier „Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu Rate ziehen. Das Dossier wurde anlässlich des 70. Jahrestages des Volksaufstandes aufgebaut und gliedert sich in acht Bereiche, die unterschiedliche Zugänge zum Thema eröffnen. Es enthält unter anderem einen aktuellen Veranstaltungskalender, einen hervorragenden Satz an Fotobeständen zu den Ereignissen rund um den 17. Juni aus sieben Archiven, sowie eine Übersicht einer Vielzahl an heutigen Erinnerungsorten, jeweils mit Bildern und ausführlichen Informationen versehen. Hervorzuheben ist zudem der Bildungswegweiser, der vor allem

»Hervorzuheben ist zudem der Bildungswegweiser, der vor allem für Personen, die in der historisch-politischen Bildung tätig sind, nützlich ist.«

für Personen, die in der historisch-politischen Bildung tätig sind, nützlich ist. Er ermöglicht einen guten Überblick über aktuelle Bildungsmaterialien, Ausstellungen und Publikationen. Zudem werden Portale mit Bildern, Plakaten und Quellen vorgestellt, die in der pädagogischen Arbeit genutzt werden können. Neben diesen Angeboten stellt die Website zudem eigene, aktuelle Projekte zum 17. Juni vor: Dazu zählt die Ausstellung „17. Juni kompakt“ und der Förderschwerpunkt „Protest und Aufstände gegen autoritäre Herrschaft und Diktaturen“, auch wird zur Mitgestaltung der heutigen erinnerungspolitischen Auseinandersetzung mit dem 17. Juni eingeladen. Wer also das historische Datum beleben und dessen aktuelle Bezüge vermitteln möchte, wird auf dieser Website fündig. Abgerundet wird das Angebot durch den Zugang zum Zeitzeugenbüro, über das Zeitzeug*innen des 17. Juni 1953 – aber auch weiterer historischer Ereignisse im Kontext von Demokratie und Diktatur nach 1945 – angefragt werden können.

Autor:in



Sabrina Pfefferle ist studentisches
Redaktionsmitglied des LaG-Magazins.

FÜR INTERESSIERTE

Wir möchten Sie abschließend auf zwei Veranstaltungen anlässlich des 70. Jahrestages des 17. Juni 1953 hinweisen.



Das Online-Seminar „17. Juni 1953. Lernpotenziale eines umkämpften Gedenktages zur Diskussion“ beschäftigt sich mit der Funktion des historischen Gedenktages. Diskutiert wird die Rezeptionsgeschichte der Ereignisse rund um das Datum und die Bedeutung des Wandels seiner Rezeption für die historisch-politische Bildung. Referentin ist Prof. Dr. Saskia Handro, WWU Münster, Lehrstuhl für Didaktik der Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der historischen Lehr- und Lernforschung. Das Seminar veranstalten der Lernort Keibelstraße, das Webportal Lernen aus der Geschichte sowie das dazugehörige LaG-Magazin.

Wann? Am 23. Mai 2023, von 16:00 bis 17:00 Uhr.



Die Tagung „Protest! Aufstand und Aufbegehren in Diktatur und Demokratie – Geschichte und Gegenwart“ dreht sich um die Frage des demokratischen Potenzials von Protest. Es werden verschiedene Protestkulturen und ihr Wandel, Akteur*innen und Träger*innen von Protestbewegungen sowie Erinnerungsformen und mögliche gesellschaftliche Lernprozesse diskutiert. Die Tagung wird von der Deutschen Gesellschaft e.V., der Berliner Landeszentrale für politische Bildung und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur veranstaltet.

Wann? Am 25. Mai 2023, von 10:00 bis 19:30 Uhr.

Impressum

Herausgeberin:



Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.
Dieffenbachstraße 76, 10967 Berlin, Tel.: 030 – 25 79 42 60

E-Mailadresse: kontakt@agentur-bildung.de

Webseite: <http://agentur-bildung.de>

Vorstand:

Adina Stern, E-Mail: stern@agentur-bildung.de

Dr. Birgit Wenzel, E-Mail: wenzel@agentur-bildung.de

Prof. Dr. Dorothee Wierling, E-Mail: wierling@agentur-bildung.de

Vereinsregister beim Amtsgericht:

Amtsgericht Charlottenburg

Vereinsregisternummer: VR 27817 B

Förderer:



Gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Die Verantwortung für die inhaltlichen Aussagen
liegt jeweils bei den Autor*innen.

Redaktion: Dr. Katharina Trittel (V.i.S.d.P.) und Sabrina Pfefferle

Gestaltung: Infotext Berlin, Johanna Hoffmann

Satz: VG-Design, Vanessa Gonschorek

Korrektorat: Barbara Driesen (Wissenschaftsdienst)

Titelbild: Straßenschild in Berlin. © Sabrina Pfefferle

Innenbild (Inhaltsverzeichnis): Männer werfen mit Steinen nach
Panzern. © Foto: 70 Jahre DDR-Volksaufstand/Bundesstiftung Auf-
arbeitung, Eastblockworld, Bild Nr. 1212156

